

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 86

Sept./Okt. 2017



Verkehr verkehrt

INHALT

Verkehr verkehrt oder Raus aus der Sackgasse	
Nordwall-Planungen kommen nicht voran	3
Ralf-Dahrendorf-Preis für Michael Ende	
Interview mit Dirk-Ulrich Mende	5
Spitze bei den Sanktionen gegen Erwerbslose	
1.000 Menschen unter Existenzminimum	8
„Die Pflanzenschützer“ & Unkrautvernichtungsmittel	
Zu einer Kampagne der Agrarindustrie	10
Gentechnik ist keine Gentechnik	
HeiTek aus der Heide	12
16.-19. Oktober – Luftbeweglichkeit in der Union	
DWT ist Ausrichter, Otte ist Schirmherr	13
Meldungen	14
Laternengespräche	
Zur Wahl steht: die imperiale Lebensweise	16
Schieflage am Arbeitsmarkt im Kreis Celle	
42 % arbeiten in „atypischen“ Jobs	18
Schluss mit dem Nahtzi-Scheiß	
Aktionen rund um Eschedes Nazitreffen	20
Kunst, Sport und Alltag	24
Zum „Tag der Bundeswehr“ in Faßberg	
Ernstfall, Normalzustand seit langer Zeit	26
Die Legion Condor und die Zerstörung Guernicas	28
Rezension: Lutz Taufer - „Über Grenzen“	30
commUNITY-Carnival am 16. September in Berlin	33
Kino achteinhalb	34
Termine in Politik und Kultur	35



Hallo werte Leser*innenschaft,

mit Angela Merkel ist noch weniger Geld zu machen als mit Bayern München – jedenfalls im Wettbüro. Sechs Wochen vor der Wahl gibt's bei ihr als nächster Kanzlerin für einen Euro gerade einmal 1,08 – also angesichts der Gebühr nichts; wird Bayern wieder Meister immerhin zehn Cent mehr. Schulz übrigens bringt neun Euro, was alles über seine Chancen sagt.

Eigentlich alle Redaktionsmitglieder beginnen den Tag mit der Lektüre der „Celleschen“, u.a. weil wir finden, dass, wer sich gesellschaftspolitisch engagiert, nicht darum herunkommt, die Lokalzeitung zu lesen. Denn selbstverständlich ist sie ein meinungsbildender Faktor von Gewicht. Vielleicht gerade deshalb finden sich in unserer aktuellen Ausgabe einige Artikel, die die Arbeit der CZ auf den Prüfstand stellen.

Und um gleich das „Glashaus“-Argument zu entkräften: Wir erwecken gegenüber unseren Leser*innen hoffentlich nie den Eindruck, „neutral“ zu sein. Nein – wir sind parteiisch.

Ach so: Nachdem wir jetzt nicht einmal mehr Überweisungen aus Venezuela bekommen, sind wir dringend auf eure Spenden angewiesen.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Café Wichtig,
 Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Rio's, Morlock

Verkehr verkehrt oder Raus aus der Sackgasse

„Wer a sagt, der muß nicht b sagen. Er kann auch erkennen, daß a falsch war.“ Brechts Lehrstück „Der Jasager und der Neinsager“ bringt damit auf den Punkt, was in der Politik selten ist. In Verwaltung und Rat der Stadt Celle wird dies deutlich am bedingungslosen Festhalten an der Nordwall-Planung.

Als jüngsten Aufreger thematisierte die SPD-Ratsfraktion den ersatzlosen Abriss der MTV-Halle. Das ist seit langem die Planung. Nur zwischenzeitlich wurde der Anschein erweckt, dass der Wiederaufbau der Sporthalle am Burgschulzentrum in größerer Form erfolgen könnte. Aber die Finanzierung war angesichts der desaströsen Haushaltssituation nach Auffassung von Oberbürgermeister Nigge nicht machbar.

Wäre es nicht sinnvoll, die gesamte Situation rund um den Nordwall neu zu denken? Warum kann die Halle nicht stehen bleiben und sukzessive saniert werden? Warum müssen die Wohnhäuser im Nordwesten abgerissen werden? Wozu soll die Gegenläufigkeit gut sein, die nur zusätzliche Probleme schafft? Warum gibt es keine Phantasie hinsichtlich der schon entstandenen Freiflächen, die wirklich für eine Belebung der Altstadt sorgen würde?

Chancengleichheit zur grünen Wiese

Vergegenwärtigen wir uns kurz, worum es geht: Der Nordwall soll gegenläufig befahrbar gemacht werden. Eine Idee aus dem Jahr 2004. Zur Begründung hieß es damals aus dem Rathaus: „Das bequeme, praktische und sortimentsnahe Einkaufen hat einen hohen Stellenwert. Hier haben die großflächigen Anbieter auf der grünen Wiese einen Wettbewerbsvorteil. Das neue Verkehrskonzept ist ein Schritt zur Chancengleichheit. Denn die einzelnen Abteilungen, Regale und Tresen des »Supermarktes Innenstadt« sind nun schneller und auf kürzeren Wegen zu erreichen.“

Die schärfere Konkurrenz sind längst nicht mehr die Anbieter auf der grünen Wiese, sondern der Online-Handel. Und ob hier die Argumentation der „kurzen Wege“ noch zieht, ist mehr als fragwürdig. Auch insgesamt taugt das Argument überhaupt nichts. Die Altstadt muss als Zentrum verstanden werden, zu dem es unterschiedliche Zugänge gibt. Wer unbedingt mit dem PKW kommen will, findet hierfür am jeweiligen Zugang kostenpflichtige und kostenfreie Parkanlagen. Die kurzen Wege ins Zentrum sind von überall aus gegeben.

Ohne Fördermittel, auf die die Stadt für dieses Projekt einen Zugriff erhielt, wäre das Projekt „Gegenläufigkeit“ schon vor zehn Jahren eingestampft worden. Insgesamt belaufen sich die Kosten für das Straßenbauprojekt auf stolze 17 Millionen Euro, zu einem Drittel trotz Fördermitteln aus dem städtischen Haushalt.

Ein großzügiger gegenläufiger Ausbau wiederum ist nur möglich mit dem Abriss praktisch der gesamten Nordseite des Nordwalls. Abreißen aber kann man nur, was einem gehört. Und hier liegt seit Jahren ein weiteres Problem: Einige Besitzer wollen nicht verkaufen, oder zumindest nicht zu den Preisen, die die Stadt anbieten kann. Enteignung dürfte praktisch ausgeschlossen sein. Die Konsequenz ist aber: Seit Jahren fließt weder an der Nord- noch an der Südseite auch nur ein Cent in Modernisierung und Sanierung des Bestands.



Wer abreißen will, muss auch einen Plan haben, was neu entstehen soll. Dafür gab es im Jahr 2011 einen städtebaulichen Wettbewerb „Altstadt Celle - Leben in der Mitte“. Die Ergebnisse waren mager und verstauben heute in einer Ablage. Was damals niemand hören wollte: Vier der sechs teilnehmenden Büros waren ausdrücklich dagegen, den Nordwall gegenläufig auszubauen.

Ziel: Die autogerechte Innenstadt

Wohin sollen sich Altstädte entwickeln? In Celle halten viele Ratsmitglieder fest am althergebrachten Modell der autogerechten Innenstadt. Ohne es despektierlich zu meinen: Die allermeisten Ratsmitglieder sind in einer Zeit sozialisiert worden, in der „Auto“ und „Freiheit“ nicht nur in der Werbung zusammengehörten, sondern Teil der Lebenserfahrung wurden. Doch das ist nicht die Zukunft.

Eine im Auftrag des Landes Baden-Württemberg entstandene Studie „Wege der Transformation zu einer nachhaltigen Mobilität“ sieht es als umgänglich an, die Privilegierung des Autos zu beenden. Im einzigen Szenario, mit dem die selbst gesetzten Klimaziele zu erreichen



wären, müsste sich die Anzahl der Pkw im Bestand bis 2030 um 30 Prozent und 2050 um 85 Prozent reduzieren und die Fahrleistung der Pkw auf 55 Prozent in 2030 und 30 Prozent in 2050. Das Jahr 2030 ist heute näher, als die ersten Planungen für die gegenläufige Befahrbarkeit des Nordwalls entfernt sind.

Doch in Celle ticken die Uhren anders. „Die sofortige Beendigung des fortwährenden Abbaus von Parkmöglichkeiten im öffentlichen Raum der Altstadt“, fordert die FDP-Ratsfraktion. Und sie will mehr: „Die Schaffung von weiteren Stellplätzen im Bereich der Altstadt.“ Unter anderem sollen die am Weißen Wall entstehen. Und als vermeintliches Öko-Bonbon sollen E-Fahrzeuge künftig Gebührenfreiheit genießen.

Wie wenig das zu tun hat mit der Fachdiskussion, zeigt ein im September vergangenen Jahres verabschiedetes Positionspapier des Deutschen Städtetags mit dem Titel „Öffentlicher Raum und Mobilität“. Im Geleitwort schreibt der Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy, dass „fundamentale menschliche Bedürfnisse wie Kommunikation und Begegnung, [...] das Erlebnis der Mobilität aus eigener Kraft, Orientierung im Raum und Wahrnehmung der Umwelt mit allen Sinnen stärker bei der Nutzung und Gestaltung öffentlicher Räume in den Mittelpunkt gerückt werden [müssten]. Aufgrund der flächenmäßigen Begrenzung des öffentlichen Raums ist die Stärkung der schwächeren Verkehrsteilnehmer/innen als vorrangiges Prinzip zur Lösung von Nutzungskonflikten politisch geboten.“ Im Positionspapier selbst heißt es, „dass Nutzungsansprüche an den öffentlichen Raum an ihrem Beitrag für das Gemeinwohl gemessen werden müssen, da Zugewinne einer Nutzungsart Verluste für eine andere bedeuten. Immer mehr Mobilitätsarten für jeden jederzeit verfügbar zu halten, kann realistisch nicht gelingen.“

Im Kleinen macht die Fachverwaltung den einen oder anderen Schritt in diese Richtung. Die Freigabe der Hehlentorstraße für den Fahrradverkehr Richtung Neumarkt

ist ein Beispiel, die „Umwidmung“ von Park- in Sitzfläche in der Bergstraße (siehe Foto unten) ein anderes.

Die Verkehrswende ist kein Thema von übermorgen, sondern von heute. Die Planungen für den Nordwall sind das genaue Gegenteil.

Abriss oder Erhalt?

Und auch städtebaulich kann es doch nicht darum gehen, innerstädtisches Wohnen durch Abriss und Neubau anzugehen. Ernsthaft sollten sich Rat und Verwaltung die Frage stellen, wer tatsächlich an einer vielbefahrenen Straße – mit der noch dazu höchsten Feinstaubbelastung der Stadt – eine teure Neubauwohnung beziehen will. Die Lösung liegt an der Nordseite in der Sanierung des leerstehenden Bestandes.

Auch der Erhalt und Ausbau der Zentralität der Altstadt braucht eine ergänzende Perspektive: Die vollständige Sanierung der MTV-Halle mag soviel Kosten wie ein Neubau. Aber auch hier ist die Frage: Warum nicht erhalten? Denn gerade an diesem Standort wirkt die Nutzung der Halle noch in die Altstadt. Aber ob das auf der von der SPD für einen Neubau vorgeschlagenen Otto-Schade-Sportanlage in der Blumlage noch der Fall wäre?

Die vorhandene Freifläche am Nordwall könnte die Stadt z.B. dem Deutschen Jugendherbergswerk anbieten. Seit längerem besteht dort die Tendenz, den Standort in Klein-Hehlen aufgeben zu wollen. Vielleicht wäre ein Grundstück direkt in der Altstadt ein derart attraktives Angebot, dass auch die Finanzierungsprobleme, die das Jugendherbergswerk wohl hat, eine Lösung finden könnten. Und was könnte mehr zur Belebung der Altstadt dienen als ein kostengünstiges Übernachtungsangebot für Individualreisende und Schulklassen?

Öffentlicher Raum und Mobilität; unter: <http://www.staedtetag.de/fachinformationen/stadtentwicklung/079148/index.html>



Über das „Lob der Jury“ des Ralf-Dahrendorf-Preises für Michael Ende **„Bitte sehr, gern gescheh'n.“**

Am 27. August 2016 erschien in der Samstagsausgabe der CZ als Aufmacher ein Artikel von Lokalredakteur Michael Ende, für den ihm im Juni 2017 in Freiburg im Rahmen der Preisvergabe des „Ralf-Dahrendorf-Preises“ der Badischen Zeitung das „Lob der Jury“ zugesprochen wurde.

Die Preisstifter haben es sich auf die Fahnen geschrieben, alle zwei Jahre Lokaljournalisten zu ehren, die es verstanden haben, mit ihren Artikeln eine Art Kontrollfunktion über Politik und Verwaltung auszuüben, indem sie eine Transparenz hergestellt haben über etwas, was sich ansonsten der öffentlichen Kontrolle entzogen hätte.

Als aufmerksamer CZ-Leser machte einen die Ehrung stutzig, hatte man diesen Artikel doch längst als traurigen Höhepunkt einer kampagneartig anmutenden Serie von Artikeln Endes abgehakt. Eine Artikelserie, die dazu angetan schien, die Leser*innen davon abzuhalten, bei der Oberbürgermeisterwahl ihre Stimme dem Amtsinhaber Dirk-Ulrich Mende (SPD) zu geben. Über die Motive Endes wurde vielerorts gerätselt. Einige meinten, dass er lediglich zeigen wollte, dass er die Macht habe, den Wahlausgang zu beeinflussen. Jedenfalls hatte man eher eine Rüge vom deutschen Presserat als eine Belobigung erwartet.

Worum ging es in dem besagten Artikel?

Zwei Wochen vor der Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl schrieb Ende einen Artikel auf Grundlage von nichtöffentlichen Protokollen des Celler Stadtrates, die ihm zugespielt worden waren (und fortan als CZ-Recherchen firmierten). Der Rat hatte einen möglichen Verkauf eines 140.000 m² großen Grundstücks im Gewerbegebiet Wietzenbruch an einen Peter Krämer für ca. zwei Millionen Euro einstimmig (bei 7 Enthaltungen) genehmigt. Dem Investor wurde auferlegt, die Kaufsumme bis zum 31.8. zu überweisen. Ein ähnliches Procedere spielte sich im schleswig-holsteinischen Rendsburg (Bürgermeister SPD, SPD stärkste Partei) ab, wo Peter Krämer der Stadt einen bestimmten Betrag bis zum 1. August 2016 hätte überweisen müssen, um miteinander ins Geschäft zu kommen. Da dort bis zum 1.8. kein Zahlungseingang zu verzeichnen war, war die Sache im gleichen Zug ad acta gelegt.

Endes Artikel vom 27.8. basiert auf vier Quellen: drei Protokolle der Stadt Celle aus Juni 2016, ein Telefonat mit Klaus Brunkert (CDU) aus Rendsburg, ein Telefonat mit dem Geschäftsführer von NiedersachsenMetall und ein Telefonat mit Herrn Krämer.

Die besagten Protokolle liegen uns mittlerweile auch vor. Daraus drei Beispiele: Aus dem Satz „Der Oberbürgermeister bittet den Rat um Zustimmung zu dem geplanten Vorhaben“ wurde bei Ende „Auf Drängen von

Celles Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende“.

Aus „Man habe hier große Bedenken, ob womöglich der Verdacht der Geldwäsche im Raume stehe. ... Auch die Frage der Geldwäsche sei thematisiert worden; letztendlich sei die absolute Gewissheit für eine tatsächliche Investition nicht vorhanden“ wurde bei Ende: „Anderen Gerüchten zufolge sollte das Geld aus dunklen Quellen in Russland oder der Ukraine stammen. Irgendein Oligarch wolle hier sein „Spielgeld“ anlegen, hieß es.“

Im Telefonat mit dem Rendsburger CDU-Politiker Brunkert vermochte Ende ein Grinsen Brunkerts zu erkennen, als der Name Krämer fiel. Brunkert meinte zu wissen: „Ich weiß, dass der Celler Oberbürgermeister unheimlich heiß auf das Geschäft ist, das er im Wahlkampf gerne als Erfolg präsentieren würde – aber ich fürchte, daraus wird nichts.“



In Rendsburg schien es haargenau so gelaufen zu sein wie in Celle, nur dass dort keine Wahl anstand, die Presse (daher) keine Unterlagen zugespielt bekam und nichts darüber in der Presse erschien. Der Celler Stadtrat war laut Protokoll darüber informiert, dass Krämers Zahlungsfrist in Rendsburg der 1. August war. Brunkert sagt: „Er versuchte Celle gegen uns auszuspielen, und sagte, wenn er hier nicht zum Zuge komme, werde er eben in Celle investieren.“ Wir halten Krämer auch für eine Art Hochstapler oder Träumer, aber gesetzt den Fall, dass er sich gegen Rendsburg und für Celle entschieden hätte und die zwei Millionen bis zum 31. August nach Celle hätte überweisen wollen und können, dann wäre der CZ-Artikel vom 27. August kontraproduktiv gewesen und hätte keinen imaginären Schaden von Celle – wie behauptet – abgewendet, sondern Schaden verursacht.

Am Schluss der Laudatio auf Ende heißt es „Für die erfolgreiche Erfüllung dieser Aufgabe hat sich - zugegebenermaßen - die Cellesche Zeitung schon ein wenig selbst gelobt.“ Was wohl auf den Schlussakkord von Endes Artikelserie „Investor“ gemünzt ist, wo dieser gönnerisch schrieb: „Die CZ berichtete, und es dauerte nicht einmal eine Woche, bis der Irrsinns-Deal vom Tisch war. Eigentlich hätten die Verantwortlichen das selbst erledigen müssen. Aber so: Bitte sehr, gern gescheh'n.“

Interview siehe nächste Seite

Interview mit Dirk-Ulrich Mende:

„Das finanzielle Risiko der Stadt war auf Null gesenkt.“

??: *In welcher Position befindet man sich einerseits rechtlich als Stadt, andererseits konkret als Oberbürgermeister Mende in Celle, wenn ein potenzieller Käufer einer Gewerbefläche mit der Stadt über einen Verkauf verhandeln will?*

!!: Wenn ein potenzieller Investor Gewerbefläche erwerben will, steht ihm und stand ihm, auch bei mir, zu allererst die Tür offen. Die Wirtschaftsförderung unter Leitung von Herrn Faber hatte die klare Ansage, sich intensiv um jeden Investor zu kümmern. Wir können uns als Stadt nur freuen, wenn hier jemand investiert und neue Jobs schafft. Wenn die Verkaufsverhandlungen positiv laufen, die Bonität geprüft ist und wir entsprechende Sicherheiten haben, wird eine Vorlage für den Rat gefertigt und, wenn der Rat beschließt, der Verkauf durchgeführt.

??: *Michael Ende stellt Sie als jemand dar, der erst dank seines Artikels aus allen Träumen gerissen worden sei. Wie war Ihr Eindruck von Herrn Krämer? Haben Sie geglaubt, dass das Vorhaben zustande kommt oder waren Sie eher skeptisch?*

!!: Wir, das heißt sowohl der betreuende Sachbearbeiter, der Fachdienstleiter und ich hatten von Beginn der Verhandlungen und Gespräche Zweifel. Diese konnte Herr



Foto: Dirk-Ulrich Mende

Krämer in der Regel immer wieder soweit zerstreuen, dass wir ihm keine Ablehnung und keine Beendigung der Gespräche angedroht haben. Ich glaube auch bis heute, dass eine solche vorzeitige Beendigung von der CZ und der CDU aufgegriffen worden wäre unter dem Aspekt - "Mende kann keine Wirtschaftsförderung" bzw. "Mende verhindert Großinvestition in Celle".

??: *In der CZ ist von einer „geheimen Ratssitzung“ und von Beschlüssen, die der „geheime Rat“ fasste, die Rede. Warum wurde nicht öffentlich verhandelt?*

!!: Nur zur Klarstellung – es hat keine "geheime" Ratssitzung gegeben. Es ist übliche Praxis und auch vom Gesetzgeber ausdrücklich vorgesehen, dass bestimmte Dinge und Sachverhalte nicht öffentlich besprochen und beschlossen werden. Das gilt insbesondere bei Grundstücksgeschäften, die werden immer in nichtöffentlicher Sitzung behandelt. Das ist ein erheblicher Unterschied gegenüber "geheim". Wenn ein Journalist das so berichtet, will er Stimmung machen und den Fokus ablenken von den eigentlich vorhandenen Fakten.

??: *Die Protokolle aus nichtöffentlichen Sitzungen sind vertraulich. Mit welchen Konsequenzen hat ein Ratsmitglied zu rechnen, wenn es die publik macht?*

!!: Grundsätzlich ist ein Ratsmitglied verpflichtet, die Vertraulichkeit zu bewahren. Ausdrücklich wird ihm diese Verpflichtung zu Beginn der Ratstätigkeit auch abverlangt. Jedes Ratsmitglied, das sich nicht daran hält, weiß, dass es sich rechtswidrig verhält. Angesichts der Anzahl von Ratsmitgliedern und des Informantenschutzes der CZ ist es aber im Grunde nicht möglich, strafrechtlich dagegen vorzugehen.

??: *Eine naive Frage: Warum, glauben Sie, wurden Ende diese vertraulichen Protokolle zugespielt?*

!!: Wenn Sie sich daran erinnern, dass zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Oberbürgermeister-Wahlkampf war, liegt die Antwort doch auf der Hand: Man konnte damit Wahlkampf machen.

??: *Ende schreibt: „Nach CZ-Informationen sollen sich Verwaltungsmitarbeiter mit „Mister Unbekannt“ sogar auf Tankstellen getroffen haben, um den Mega-Deal einzufädeln. Mysteriöse Agenten-Methoden wie aus einem schlechten Film.“ Für uns schwer vorstellbar allein aufgrund der Frage, unter welcher Kostenstelle Aufwände und Spesen dieser Art verbucht werden. Gab es diese Treffen wirklich? Welche Kosten sind denn in Summe angefallen? Fielen Notarkosten z.B. für das Einrichten des Notaranderkontos an?*

!!: Ich habe Herrn Krämer nie auf einer Autobahnraststätte getroffen. Allein die Vorstellung ist absurd. Solche konspirativen Treffen gab und gibt es mit mir nicht. Mir ist auch nicht berichtet worden, dass einer unserer Mitarbeiter sich während der Dienstzeit solcher Agentenmethoden bedient hätte. Kosten sind keine angefallen. Auch das Notaranderkonto wurde ja nicht eingerichtet, da eine Zahlung nicht stattfand.

??: *In der CZ stand, dass einer Firma, die sich auf ei-*

nem Teil der besagten Fläche ansiedeln wollte, wegen „Krämer“ eine Absage erteilt worden sei?

!!: Das ist mir nicht bekannt. Ein ernsthaftes Ansiedlungsinteresse wäre aber sicher mit mir besprochen worden und in einer entsprechenden Vorlage dem Rat zur Entscheidung vorgelegt worden. Ich hätte einem ernsthaften Ansinnen eines anderen Investors den Vorzug gegeben.

?: Relativ zeitgleich verhandelte Krämer auch mit der Stadt Rendsburg. Was wussten Sie darüber?

!!: Ich wusste, dass Herr Krämer sich auch mit anderen Kommunen insbesondere mit der Stadt Rendsburg in Verhandlungen befand. Von Rendsburg wussten wir auch, dass dort der Zahlungstermin nicht eingehalten wurde. Auch den Rat haben wir sowohl im zuständigen Fachausschuss als auch in der nichtöffentlichen Ratssitzung umfassend informiert – nach Ablauf der Frist, nämlich des 31.8.2016, hätte ich den Rat auch darüber informiert, ob das Geld eingegangen / hinterlegt worden wäre oder nicht. Die Verhandlungen in Rendsburg hatten dagegen keine zwingende Präcedenzwirkung für Celle. Für die Stadtverwaltung war klar, dass der Herr Krämer gesetzte Termin 31.8. abgewartet werden musste.

?: In Rendsburg schien es ja ähnlich wie in Celle zu laufen, nur dass Krämer dort die Kaufsumme bis zum 1. August und nicht wie in Celle bis zum 31. August zu überweisen hatte und dass dort seitens der Presse nicht darüber berichtet worden ist. Michael Ende stellt es so dar, als sei durch seinen Artikel finanzieller Schaden von der Stadt abgewendet worden. Welcher Schaden wäre denn der Stadt entstanden, wenn Endes Artikel nicht erschienen wäre?

!!: Keiner! Das war bereits in der Sitzung des Rates von mir so vorgetragen worden, dass ich darauf bestehen würde, dass das Geld auf einem Notaranderkonto hinterlegt ist. Damit war das finanzielle Risiko der Stadt auf Null gesenkt.

?: In der CZ vom 18. Juli 2017 steht ein Interview mit Thomas Faber, den Oberbürgermeister Jörg Nigge als "One-Stop-Agency-Faber" anpreist – also als personifizierte zentrale Anlaufstelle für Investoren. War Herr Faber bereits in der causa "Krämer" der zuständige Ansprechpartner?

!!: Herr Faber war damals der zuständige Fachdienstleiter, der gemeinsam mit seinem Sachbearbeiter die "Investition" von Herrn Krämer betreut hat. Er hat deshalb auch in der Sitzung des zuständigen Ausschusses die Ratsvorlage umfassend erläutert.

?: Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie von der Ehrengabe Michael Endes erfuhren?

!!: Herzlichen Glückwunsch an Herrn Ende, dem jede Auszeichnung zu gönnen ist. Aber warum fragt die Jury vor einer Preisverleihung nicht nach, ob das, was eine Zeitung als tolle Geschichte ausgibt, auch den Faktencheck besteht?



Grenzenlose Solidarität statt G20

Ein Transparent mit dieser Losung hing einige Stunden am Getreidesilo von Barilla neben der Rathsmühle. Ihre Sicht auf die Ereignisse von Hamburg verkündeten der jetzige Oberbürgermeister, Dr. Jörg Nigge, und der ehemalige OB, Dirk-Ulrich Mende auf ihren Facebook-Seiten.

„Das fehlende Verantwortungsbewusstsein zuständiger Politiker und politischer Beamter, die sich bis heute nicht für Ihr Fehlverhalten entschuldigt geschweige denn entsprechende Konsequenzen gezogen haben, ist unfassbar. Dabei haben sie seit Jahren vor allem in Hamburg die linke Szene nicht nur gewähren lassen, sondern auch noch unterstützt. Das eigentlich Erschreckende ist aber der fehlende Rückhalt für unsere Polizeibeamten.“ So der eine. Der andere zog folgende Bilanz: „Jetzt fast eine Woche nach dem G20 Gipfel in Hamburg kommt bei den Menschen offenbar langsam an, dass sich angesichts der Ergebnisse diese Selbstinszenierung der Kanzlerin nicht gelohnt hat, dass sie für die furchtbaren inakzeptablen Ausschreitungen offenbar auch nach Auffassung einer großen Mehrheit die Verantwortung trägt. Noch nicht so richtig im Bewusstsein aller steht, dass durch den G20 Gipfel offenbar auch massiv in unsere Pressefreiheit eingegriffen wurde – gut, dass Heiko Maas umfassende Aufklärung angekündigt hat.“

Wir setzen jetzt keinen Preis für die richtige Antwort dafür aus, von wem welches Zitat stammt. Und auf die „umfassende Aufklärung“ durch Heiko Maas werden wir wohl verzichten müssen.

Mehr als 1.000 Menschen unter Existenzminimum

Celle ist mal wieder Spitze. Nicht ganz Celle, nur das hiesige Jobcenter. Nirgendwo stehen den sogenannten „Integrationsleistungen“ im Verhältnis mehr Sanktionen von Leistungsempfänger*innen gegenüber. Das ergab im Juni eine Studie des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ). Bevor wir uns dieser Statistik im einzelnen widmen, sei kurz erklärt, worum es geht.



Mit seinem Niedriglohnsektor liegt Deutschland im Euroraum an der Spitze. 22,5 Prozent der Beschäftigten liegen unter der Niedriglohnschwelle von 10,50 Euro pro Stunde. Das kommt nicht von ungefähr. Die Menschen hierzulande werden seit 12 Jahren unter dem Hartz-IV-Regime gezwungen, auch für derartige Löhne zu arbeiten. Wie das? „Nur wer arbeitet, soll auch essen“, befand im Jahr 2009 der damalige Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) und verteidigte damit die zum Wesenskern von „Hartz IV“ gehörenden Sanktionen. Bei der Weigerung, eine bestimmte Arbeit anzutreten, oder bei aus Sicht des Jobcenters mangelnder Mitwirkung bei der Stellensuche können Leistungskürzungen verhängt werden. Beim erstmaligen Verstoß wird die Regelleistung für drei Monate um 30 Prozent gekürzt. Aber auch ein sogenanntes Meldeversäumnis, d.h. das Nichterscheinen bei einem vom Amt anberaumten Termin, kann zu Kürzungen führen – in der Regel 10 Prozent für drei Monate. Addieren sich derartige Verstöße kann es zu einem gänzlichen Leistungsentzug kommen. Bei Jugendlichen unter 25 Jahren können die Sanktionen im Extremfall sogar auf die Kosten für die Unterkunft, also Miete und Heizkosten, ausgedehnt werden.

Im parteipolitischen Raum ist es bisher vor allem Die Linke, die sich uneingeschränkt für die Abschaffung der Sanktionen einsetzt. Bei Bündnis '90/Die Grünen heißt es im aktuellen Wahlprogramm aber auch: „Wir stärken die Rechte der Leistungsberechtigten und setzen in der Grundsicherung nicht auf Sanktionen, sondern auf Motivation, Anerkennung und Beratung. Daher wollen wir

die Sanktionen abschaffen. Dies gilt insbesondere für die Sonderregeln für Unter-25-Jährige und für die Kosten der Unterkunft und Heizung.“ Der SPD Kanzlerkandidat Martin Schulz dagegen befand in einem Interview im März: „Ich habe den Eindruck, dass dieses Thema ein bisschen überhöht wird. Bei den Sanktionen geht es ja nicht um Schikanen.“ Immerhin nahm die SPD in ihr Wahlprogramm folgende Forderung auf: „Die schärfsten Sanktionen für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen. Die Sanktionierung von Leistungen für Kosten der Unterkunft werden wir abschaffen. Niemand darf aufgrund einer Sanktion wohnungslos werden.“

Schulz hat insoweit Recht, als es tatsächlich nicht um „Schikanen“ geht, also darum, jemandem grundlos einen Schaden zuzufügen. Es geht nach wie vor darum, Menschen in den Niedriglohnsektor zu zwingen. Und auch, wenn sich in Schulzens Reden einige blumige Aussagen zur Lohnentwicklung finden – in der Kombination „Niedriglohn“ und „Martin Schulz“ ist die Trefferquote beliebiger Suchmaschinen gleich Null.

Für die Betroffenen ist nahezu jeder Gang zum Jobcenter mit der Angst verbunden, dass ein vermeintliches Fehlverhalten zu Leistungskürzungen führen könnte. Das macht die Menschen klein und ist ein fortwährender Verstoß gegen Artikel 1 des Grundgesetzes, denn mit Menschenwürde hat das Sanktionsregime nichts zu tun.

Der „durchschnittlicher Bestand der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in den vergangenen zwölf Mona-

Was zählt im Kennzahlenvergleich gemäß § 48a SGB II als „Integration“:

„Eine Integration liegt vor, wenn ein erwerbsfähiger Leistungsberechtigter eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, eine voll qualifizierende berufliche Ausbildung oder eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt. Der Umfang (Arbeitsstunden) und die Dauer (Zeitraum der Beschäftigung) dieser Tätigkeit sind dabei unerheblich. Ebenfalls für die Zählung als Integration unerheblich ist der jeweilige Arbeitslosigkeitsstatus (arbeitslos, nicht arbeitslos arbeitsuchend, nicht arbeitsuchend) des Leistungsberechtigten. Zudem ist es irrelevant, ob durch die Aufnahme der Erwerbstätigkeit die Hilfebedürftigkeit tatsächlich beendet wird und ob die Person unmittelbar vor Beschäftigungsaufnahme bereits erwerbstätig ist.“ „Für die Berechnung der Kennzahl werden Freiwilligendienste (BFD, FSJ usw.), öffentlich geförderte Beschäftigung (Arbeitsgelegenheiten, Förderung von Arbeitsverhältnissen, Bürgerarbeit (Altfälle), Beschäftigungszuschuss (Altfälle)) nicht als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gezählt.“ (Bundesagentur für Arbeit, Statistik, Kennzahlen nach § 48a SGB II, Detailbeschreibungen Version 2.1 (Dezember 2016), Seite 59 und 61)

ten“ des Jahres 2016 betrug im Jobcenter Celle 9.904 Personen. Statistisch wurden davon 2.331 Personen „integriert“, was allerdings nicht mehr bedeutet, als dass sie für einen gewissen Zeitraum aus der Statistik herausgenommen werden konnten (siehe Kasten). Das waren also 23,5 Prozent. Damit liegt Celle auf Platz 312 der insgesamt 407 Jobcenter.

Im selben Zeitraum wurden 4.474 Sanktionen neu verhängt. Auf den sogenannten Bestand bezogen ist das eine Quote von 45,2 Prozent. Damit liegt das Celle Jobcenter auf Platz 6.

Betroffenen waren insgesamt 1.297 Menschen, also 13,1 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, womit Celle auf Platz 59 liegt. Durchschnittlich wurden gegen sie 3,45 Sanktionen verhängt. Bei dieser Bezugsgröße liegt Celle auf Platz 4.

Das Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe hat schließlich noch die Summe der „Integrationen“ mit der Summe der neu festgestellten Sanktionen verglichen: Im Bundesdurchschnitt standen 100 „Integrationen“ 89 Sanktionen gegenüber. In Celle ist das Verhältnis 100:192; und damit liegt Celle bundesweit vorn.

Im Fazit der vergleichenden Untersuchung heißt es: *„Ein Vergleich der Summe der „Integrationen“ mit der Summe der neu festgestellten Sanktionen (Kürzungen des „menschenwürdigen Existenzminimums“ - BVerfG) im Berichtsjahr 2016 zeigt: Im Bundesdurchschnitt standen 100 „Integrationen“ 89 Sanktionen gegenüber. In den Ländern standen 100 „Integrationen“ zwischen 66*



und 135 neu festgestellte Sanktionen gegenüber, 66 in Bayern und 135 in Berlin. In den Jobcentern standen 100 „Integrationen“ zwischen 18 und 192 neu festgestellte Sanktionen gegenüber, 18 im Jobcenter Hochtahauskreis und 192 im Jobcenter Celle. [...] Auch dieser Jobcenter-Vergleich der in der amtlichen Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende erfassten Sanktionen deutet auf eine große Beliebigkeit oder gar Willkür bei der Anwendung des „Sanktionsrechts“ im SGB II (Hartz IV) hin. Die Reduzierung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts unter das vom Bundesverfassungsgericht geforderte „menschenwürdige Existenzminimum“ sollte beendet werden.“

Eine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke ergab: *„In den Jahren 2007 bis 2016 wurden aufsummiert insgesamt 1,9 Milliarden Euro (1.898.410.627) an Sanktionsbeträgen von den Jobcentern einbehalten und Hartz*

Ergänzungen und Korrekturen zur # 85

Jürgen Rentsch, Mitglied der SPD-Ratsfraktion, wies uns darauf hin, dass zum Thema „Jung kauft alt“ (siehe revista #85, S. 3-5) die SPD-Fraktion schon einmal einen Antrag gestellt hat, der in der Intention identisch ist mit dem von uns vorgestellten Antrag der Fraktion Die Linke/BSG. In der Tat: Im März 2012 stellte die SPD einen Antrag mit dem Titel „Auflegung eines kommunalen Förderprogrammes zur Nutzung von Altimmobilien“, der sich im Kern auch an dem Hiddenhausener Modell orientiert. Der Antrag wurde im März 2014 im Bauausschuss vertagt und sollte im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen erneut beraten werden. Das geschah aber anscheinend nicht. Im Fachausschuss hatte Jürgen Rentsch im März diesen Jahres die Verwaltung noch einmal auf den Antrag hingewiesen.

Im selben Artikel bezogen wir uns auf eine Aussage in der Verwaltungsvorlage, wonach die fehlende Anbindung an den GVH der Region Hannover ein dämpfender Aspekt für möglichen Zuzug aus Hannover sei. Jürgen Rentsch merkt zu Recht an, dass es diese Anbindung für Monatskarten bereits seit einiger Zeit gibt („GVH MobilCard im Regionaltarif“) und dies nur bei Tageskarten noch fehlt.

Schließlich haben wir noch bei der Copyright-Angabe zu den Fotos von Morblus einen Fehler gemacht, sie sind von Wolfgang Heermann.

IV-Beziehenden nicht ausgezahlt. Die Jahressumme des Sanktionsbetrages belief sich im Jahr 2016 auf insgesamt 174.717.118 Euro. [...] Die durchschnittliche Sanktionshöhe betrug im Jahr 2016 108 Euro.“ In Celle, dies sei hinzugefügt, dürfte die durchschnittliche Sanktionshöhe deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen. Seit Jahren werden über 1.000 Menschen im Bereich des Jobcenter Celle damit unter das vom Bundesverfassungsgericht festgelegte „menschenwürdige Existenzminimum“ gedrückt. Ein Skandal, der in der Stadtgesellschaft keine Beachtung findet.

Quelle: <http://biaj.de/archiv-materialien/937-jobcentervergleich-integrationen-und-sanktionen-2016.html>

Ratgeber Hartz IV – Tipps und Hilfe

„Hartz IV“ ist ein nur schwer zu durchschauender Dschungel. Auch nach den Änderungen im Jahr 2016 ist keineswegs – wie behauptet – vieles einfacher und besser geworden. Wer seine Rechte gut kennt, der kann Fallstricke vermeiden und bestehende Rechtsansprüche wahrnehmen. Dazu trägt der Ratgeber bei. Er ist verständlich geschrieben und an der Praxis orientiert. Der Ratgeber (DIN-A5-Broschüre, ca. 90 Seiten) enthält viele Tipps, die bares Geld wert sein können und kostet nur einen Euro. Bestellung über: https://www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/auswahl.php?artikelnr=DGB21408

„Die Pflanzenschützer“ werben für Unkrautvernichtungsmittel

Zu einer Kampagne der Agrarindustrie

Die Agrarindustrie steht unter Druck. Auch wenn die EU-Kommission im Juli vorgeschlagen hat, die Zulassung des Unkrautvernichters Glyphosat für zehn Jahre zu verlängern, reicht es inzwischen nicht mehr, die Lobbyisten in Brüssel ihre Arbeit machen zu lassen. Die Beunruhigung in Teilen der deutschen Bevölkerung ist groß. Deshalb wird in jüngster Zeit auch die Öffentlichkeit bearbeitet.

Dagegen ist grundsätzlich nichts zu sagen. Wenn aber die Medien bei den Kampagnen der Agroindustrie mitspielen, ohne Ross und Reiter zu nennen, wird es grenzwertig. So geschehen in der Celleschen Zeitung am 15. Juli 2017.

Unter der Überschrift „Unkraut raubt Nährstoffe / Celler Landwirte werben für Verständnis: "Ohne Pflanzenschutz keine Qualität"“ wurde eine Kampagne der Initiative "Die Pflanzenschützer" vorgestellt, ohne dass der dahinterstehende "Industrieverband Agrar e. V. (IVA)" auch nur in einem Nebensatz auftauchte. Der IVA, so ist auf der Website zu lesen, „vertritt die Interessen der agrochemischen Industrie in Deutschland. Zu den Geschäftsfeldern der 54 Mitgliedsunternehmen gehören Pflanzenschutz, Pflanzenernährung, Schädlingsbekämpfung und Biostimulantien.“

Dieser Lobbyverband hat im Jahr 2015 die Aktion "Schau ins Feld!" ins Leben gerufen. Worum geht es dabei?



Landwirt*innen legen ein „Schaufenster“ an. Sie verzichten auf einem Teil ihrer Felder auf jegliche Pflanzenschutz-Maßnahmen. Der beabsichtigte Effekt – so auch auf der Website zu lesen: „Im Laufe des Wachses treten die Folgen der Nicht-Behandlung der Kulturpflanzen immer deutlicher zu Tage – gerade im direkten Vergleich zum Rest der Ackerfläche, den die Landwirte wie gewohnt mit Pflanzenschutzmitteln behandeln.“

Insgesamt beteiligten sich in diesem Jahr über 1.000 Betriebe. Für die Kampagne präsentierten Steffen Timme

und Jan-Hendrik Hohls ihr „Versuchsfeld“ in Nindorf (Bergen). Auf einem 15,5 Hektar großen Zuckerrübenfeld waren auf einer neun Quadratmeter große Parzelle am Wegesrand keine "Pflanzenschutzmittel" gespritzt worden. Das erwartbare Ergebnis: „Die Rüben, die auf dem Feld gespritzt worden sind, sind um ein Vielfaches größer als die, die aus einer nicht gespritzten Parzelle stammen.“ Das, so die Landwirte, demonstriere, wie wichtig der Einsatz von Pflanzenschutz sei. An den „Versuchsfelder“ wurde dann überall im Land eine Tafel platziert, die unter der Überschrift „Ernte in Gefahr“ auf die Ertragseinbußen bei unterschiedlichen Feldfrüchten hinwies. Und die beiden Landwirte verkündeten, dass Produkte aus biologisch betriebener Landwirtschaft nicht ausreichen würden, um die Weltbevölkerung zu ernähren.

Wie gesagt – Klingeln gehört zum Geschäft; dass aber unterbleibt zu benennen, wer den Klingelbeutel gefüllt hat – nämlich die Agroindustrie –, ist eine Irreführung der Öffentlichkeit. Die ließ sich aber nicht so einfach veräppeln. Drei Leser*innenbriefe veröffentlichte die CZ eine Woche darauf.

Uwe S. kritisierte die Berichterstattung der CZ: „Wurde eventuell über Ihrem Artikel „Unkraut raubt Nährstoffe“ der Hinweis „Anzeige“ vergessen? Anders kann ich mir den von Ihnen veröffentlichten Werbeartikel für den Industrieverband Agrar (Monsanto, BASF und Co.) – genau der steht nämlich hinter den vermeintlichen „Pflanzenschützern“ – nicht erklären. Dass eine Rübe in einem Feld voller anderer Pflanzen nicht gedeiht, finde ich wenig überraschend. Dass zur Bio-Landwirtschaft etwas mehr gehört, als ein Feld sich selbst zu überlassen, sollte aber auch allen Beteiligten klar sein. [...] Im Übrigen gibt es im Bioladen um die Ecke durchaus ganz normale Rüben zu kaufen – ohne Giftrückstände. Eine Analyse der Universität Berkeley von über 100 Studien zeigt zudem, dass sich mit geeigneten Bewirtschaftungsmethoden der Ertragsunterschied minimieren lässt.“

Peter F. sah eine „schlichte Volksverdummung“: „Unsere Landwirte in der industriellen Landwirtschaft haben sicher keinen leichten Stand mit den unzähligen Auflagen sowie Verboten, dass sie sich jedoch vor den Wagen der „Giftmischer-Lobby“ spannen lassen und mit derartigen Demonstrationen eine schlichte Volksverdummung ins Feld führen, ist völlig unverständlich. Die Folgen sind allseits sichtbar und spürbar: Insekten- und Artensterben, Gefährdung unserer aller Gesundheit. Die industrielle Landwirtschaft ist ohne Zweifel produktiv, effizient hingegen ist sie nicht. Artenvielfalt ist das „Immunsystem der Erde“.“

Um „Ausgewogenheit“ herzustellen, ließ die CZ dann einige Tages darauf den Biobauer Carsten Marwede aus

Nitrat im Grundwasser

Endeholz zu Wort kommen. Man müsse nicht spritzen, um die Unkräuter auf den Feldern zu entfernen und die Qualität der Produkte zu erhalten, so seine Erfahrung. Im Ökolandbau würden die Felder ja nicht wie im „Versuch“ der „Pflanzenschützer“ sich selbst überlassen. Durch den Einsatz von Maschinen sei der Ökolandbau in der Lage, knapp 90 Prozent der Unkräuter umweltgerecht zu entfernen. Auch Marwede allerdings wagte eine globale Prognose, wonach allein aus dem Ökolandbau die stetig wachsende Weltbevölkerung nicht zu ernähren sei. Die CZ berief sich dann noch auf eine Studie, wonach in Deutschland im Jahr 2050 rund 60 Prozent mehr Lebensmittel benötigt würden als bisher. In Deutschland? Selbstverständlich nein. Es geht um eine Studie der Welternährungsorganisation (FAO) für die Weltbevölkerung.

Zahlreiche Studien und tendenziell auch der Weltagrarbericht zeigen, dass mit Bio-Landbau auch für eine wachsende Weltbevölkerung genügend Lebensmittel erzeugt werden könnten, wobei eine Voraussetzung die drastische Senkung des Fleischkonsums in den frühindustrialisierten Ländern ist. Das multifunktionale System der Bio-Landwirtschaft würde am ehesten den Anforderungen in Bezug auf Klima, Wasser und Nahrung gerecht.

Eine Abkehr von der industriellen Landwirtschaft hin zu diversifizierten agrarökologischen Systemen forderten zuletzt auch die Wissenschaftler*innen des International Panel of Experts on Sustainable Food Systems (IPES-Food). „Viele der Probleme in Ernährungssystemen sind eng mit der Einförmigkeit verknüpft, die der industriellen Landwirtschaft mit ihrer Abhängigkeit von Pestiziden und chemisch-synthetischen Düngern zugrunde liegt“, erklärt Olivier De Schutter, Ko-Vorsitzender von IPES-Food und ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Nahrung anlässlich der Herausgabe des Berichts „From Uniformity to Diversity: A paradigm shift from industrial agriculture to diversified agroecological systems“. „Wir brauchen ein grundlegend anderes Modell der Landwirtschaft basierend auf vielfältigen Höfen und Agrarlandschaften, die chemische Inputs ersetzen, Biodiversität optimieren und die Interaktion zwischen verschiedenen Arten anregen als Teil ganzheitlicher Strategien zur Schaffung langfristiger Fruchtbarkeit, gesunder Agrarökosysteme und sicheren Lebensgrundlagen – sprich vielfältige agrarökologische System“.



Seit langem ist die Nitratbelastung des Grundwassers vor allem dort ein Problem, wo es industrielle Landwirtschaft gibt. Als Hauptquelle gilt Überdüngung mit Stickstoffdüngern, eingeschlossen das Ausbringen von Gülle aus der Intensivtierhaltung. Zum Problem für Menschen wird das, wenn aus belasteten Grundwasserkörpern Trinkwasser gewonnen wird. Denn Nitrat kann im Körper zu dem giftigen Nitrit umgewandelt werden; im Magen, Darm oder in der Blase können sich dann aus dem Nitrit die Nitrosamin-Verbindungen bilden, die Krebs auslösen.

Der Landkreis Celle gehört zu den Gebieten mit einer hohen Nitratbelastung im Grundwasser. Bei 8 von 31 Messstellen wird der in der Grundwasserverordnung auf 50 mg/L festgelegte Grenzwert überschritten.

„Zu viel Nitrat im Celler Grundwasser nachgewiesen“, titelte die CZ am 26.7.2017 und zitierte die Sprecherin des Umweltministeriums, Justina Lethe: „Die Grundwasserkörper, die anteilig im Gebiet des Landkreises Celle liegen, sind sämtlich aufgrund der Nitratbelastung als im schlechten Zustand bewertet worden.“ Martin Albers vom Landvolk sah zwar ein, dass Landwirte die Überdüngung zurückfahren müssten. Aber er meinte, auf andere Faktoren hinweisen zu müssen: „Wenn es warm und feucht ist, beginnt die Mineralisation von organischer Substanz durch die Bakterien im Boden und dadurch wird Nitrat freigesetzt. Dieser natürliche Vorgang geschieht in allen Böden.“ Im CZ-Bericht heißt es dann weiter: „Die genaue Ursache lasse sich nicht feststellen, so Angermann und Albers.“

Abgesehen vom „natürlichen Vorgang“ verweist das Bundesumweltamt auf folgendes: „Auch beim Grünlandumbruch [also der Umwandlung von Dauergrünflächen in Ackerland] werden in kurzer Zeit durch Mineralisation der organischen Bodensubstanz große Nitratmengen freigesetzt.“

Der CDU-Landtagsabgeordnete Ernst-Ingolf Angermann legte Wert darauf, dass seine Anfrage an die Landesregierung im Januar habe ergeben, dass 21 Messstellen mit 0,5 – 3,0 mg/L eine hervorragende Qualität hätten. Ein bisschen erinnert die Argumentation an den Zustand von einem Gebiss: Bei 21 intakten Beißerchen lässt sich doch noch „kraftvoll zubeißen“, oder? Nach Auffassung der Sprecherin des Umweltministeriums ist es aber so: „Wenn [...] mindestens ein Drittel des Grundwasserkörpers oder 25 Quadratkilometer aufgrund der Messwerte als belastet einzustufen sind, gelte das gesamte Wasser als belastet.“

Angermann vermute, heißt es in der CZ, dass die Aussagen des Umweltministeriums ein Versuch der Landesregierung wären, die Verschärfung des Düngegesetzes zu begründen. Wir vermuten, dass die Aussagen des Abgeordneten Angermann ein Versuch sind, die gerade verschärfte Düngeverordnung zu – na sagen wir mal – „verwässern“.

Gentechnik ist keine Gentechnik

HeiTek aus der Heide

Eins vorweg: Unser Verständnis der Gentechnik bewegt sich nicht einmal auf dem Niveau des Chemieunterrichts in der Sekundarstufe II. Wofür wir als Medienkonsument*innen aber ein Gespür haben ist, wenn Lobbyismus nicht als Lobbyismus daherkommen will. Ein Beispiel lieferte unsere gute, alte Heimatzeitung mit einem Bericht über den Anfang Juni in Bergen-Wohlde von dem Saatgutbetrieb KWS Lochow GmbH ausgerichteten „Feldtag“ zum Thema „„HeiTek“ aus der Heide – Innovationen für die Landwirtschaft“. Obwohl es auf dieser Tagung eigentlich gar nicht um Gentechnik ging, wurde es in der CZ das Schwerpunktthema. Das Interesse des Saatgutbetriebes war offensichtlich, neue gentechnische Züchtungsmethoden von genau dieser Etikettierung freizusprechen.

Die Gentechnik-Industrie hat in den letzten Jahren neue Manipulations-Methoden entwickelt, die darin bestehen, neue Gene in die Zielorganismen einzuschleusen oder abzuschalten, die Vielfalt der Gene zu erhöhen oder die Züchtung zu beschleunigen. Bei molekularbiologischen Techniken werden auch natürliche Reparaturmechanismen der Zelle ausgenutzt, um Änderungen im Genom herbeizuführen. Der Witz dabei: Im Prozess wird Gentechnik angewandt, aber im Produkt ist dies (aktuell) nicht nachweisbar – es lässt sich von „natürlichen“ Pflanzen nicht unterscheiden. Das ist dann auch der Kern in der Argumentation der „Freunde“ dieser neuen Technologien; so auch der des in der CZ zitierte Malte Fink, Marketingleiter Getreide bei Lochow: *„Viele der neuen Züchtungsmethoden führen zu Pflanzen, die auch in der Natur entstanden sein könnten. Deshalb sind wir natürlich und da sind alle Züchter dafür, dass diese in Deutschland nicht gesondert reguliert und dann auch angewendet werden können.“* Und Jürgen Leitzke, der Leiter der Business Unit Getreide, ergänzt: *„Eine pauschale Klassifizierung als Gentechnik wäre fatal, weil die neuen Züchtungsmethoden dann für Europa nicht genutzt werden können und die europäische Landwirtschaft somit weiter an Wettbewerbsfähigkeit verlieren würde.“*

Die mithilfe neuer Züchtungsmethoden entstandenen Pflanzen sollten wie konventionell gezüchtete Pflanzen eingestuft werden. Die Leser*innenschaft erfährt dann weiter, dass *„zuständige Behörden in Deutschland“* und weiteren Mitgliedstaaten der Europäischen Union wie Schweden, Finnland, Irland, Großbritannien und Spanien diese Sicht teilen würden. Warum dann die Sorge, fragt sich die skeptische Leserin? Und dies nicht zu unrecht. Zwar sah eine Arbeitsgruppe der EU-Kommission, die New Techniques Working Group (NTWG), vor einigen Jahren als ein wesentliches Entscheidungskriterium für Gentechnik, ob die Veränderung bei der Ziel-Pflanze nachweisbar ist. Das aber widerspricht der prozessorientierten Philosophie der EU, bei der es darauf ankommt, wie das jeweilige Produkt hergestellt wird.

Und es gibt andere Meinungen: Das Forschungsinstitut für biologischen Landbau FIBL beurteilt Züchtungsmethoden kritisch, welche die Integrität der Zelle verletzen. Und die Molekularbiologin Ricarda Steinbrecher von der nicht-kommerziellen Forschungsorganisation Econexus sieht bei den neuen Techniken ein *„eigenes Set an Risiken und Unsicherheiten“*.

Gar nicht gefallen dürften den Saatgutunternehmen zwei juristische Gutachten aus Deutschland, die in den neuen Verfahren ganz klar Gentechnik sehen. Die Kriterien der EU-Gentechnikrichtlinie seien erfüllt, so Professor Tade Matthias Spranger von der Universität Bonn in einem Gutachten für das Bundesamt für Naturschutz sowie Professor Ludwig Krämer in einem Gutachten für Umweltverbände. Zu *„Risiken und Nebenwirkungen“* befragen Sie also besser die Kritiker*innen.

Warum ist es den Saatgut-Firmen so wichtig, dass die neuen Technologien und Pflanzen nicht als Gentechnik eingestuft werden? Darüber informiert die Seite *„Informationsdienst Gentechnik“* (<http://www.keine-gentechnik.de/>), also die „Lobbyisten“ gegen Gentechnik, so:

„Gentechnik gilt als Risikotechnologie. Daher müssen gentechnisch veränderte Organismen in der EU ein spezielles Zulassungsverfahren durchlaufen (das allerdings immer wieder als zu industrienah kritisiert wird). Laut gemeinsamer Forschungsstelle der EU-Kommission (Joint Research Centre - JRC) belaufen sich die Kosten des "regulatorischen Pakets" für Gentechnik-Pflanzen auf 10-15 Millionen Euro (eine Gentech-Pflanze auf den EU-Markt zu bringen koste insgesamt 70 bis 90 Millionen Euro). Die Registrierungskosten für eine konventionell gezüchtete Pflanze liegen hingegen bei einigen 10.000 Euro - also deutlich geringer.

Darüber hinaus ist der Anbau von Gentechnik-Pflanzen in Europa an Auflagen gekoppelt. So müssen zwischen Feldern mit und ohne Gentechnik Abstände eingehalten werden. Gentechnisch veränderte Produkte müssen vor dem Verkauf gekennzeichnet werden. Für die neuen Technologien ist das alles nicht der Fall. “

Und der „Informationsdienst“ bewertet: *„Es ist also sowohl für die Entwickler der Pflanzen als auch für Landwirte und Verbraucher von entscheidender Bedeutung, ob die mit den neuen Techniken gezüchteten Organismen als Gentechnik eingestuft werden oder nicht.“*

Die Entscheidung darüber ist noch nicht gefallen. Sie fällt in Brüssel, aber das Beispiel Glyphosat hat gezeigt, dass inzwischen gelegentlich dort auch die öffentliche Meinung von Gewicht ist. Und genau die beeinflusst der Bericht in der CZ in einseitiger Weise.

Weitergehende Informationen gibt's u.a. auf www.keine-gentechnik.de, <http://www.umweltinstitut.org>, <http://www.-gentechnikfreie-saat.org>

Erneut trifft sich vom 17.- 19. Oktober der militärisch-industrielle Komplex in Celle

DWT ist Ausrichter, Otte ist Schirmherr

Mitte Oktober findet in Celle erneut ein Treffen des nationalen militärisch-industriellen Komplexes statt. Unter der Überschrift "Ausbildung und Ausbildungsmittel Luftbeweglichkeit" treffen sich Vertreter von Bundeswehr und Industrie zu Vorträgen, ergänzt am letzten Tag durch einen Einblick in das "Ausbildungs- und Übungszentrum Luftbeweglichkeit" in der Wietzenbrucher Immelmann-Kaserne.

Wo man beim CELLER TRIALOG der Frage nachgeht: Was wollen wir in Mali und wie vermitteln wir das der wenig kriegsbegeisterten Öffentlichkeit, stellt diese Tagung Ausbildung und Ausstattung ins Zentrum, also die Frage: Wie verhindern wir, dass unsere Hubschrauber vom Himmel geholt werden?



Das "Bedenkliche" hierbei ist die schamlose Nähe von Bundeswehr und Industrie. Am Vormittag referieren Vertreter von Bundeswehr und US Forces zu Themen wie:

- "Erwartungen der Division Schnelle Kräfte an das Ausbildungs- und Übungszentrum Luftbeweglichkeit", oder
- "Beitrag der LuSK bei der Planung und Durchführung von LbwglOp";

am Nachmittag dann Vertreter der Industrie – mit dabei: Rheinmetall, Krauss-Maffei-Wegmann, Thales, Airbus Helicopters usw. usw. zu zum Beispiel:

- „Hubschrauberführung CH-53 im Verbund - virtuelles Training für luftbewegliche Kräfte“, oder
- „Geospezifische 3D-Datenbasen und ihr Einsatz in der Simulation“.

Das Ganze wird eingerahmt durch Messestände der Industrie, wo ein 20 qm-Stand dann bis zu 10.800 Euro kostet.

Eröffnet wird die Tagung durch ein Benefizkonzert zugunsten des Vereins "Lachen Helfen e.V." am Dienstag, den 17. Oktober, in der Union. Den dritten Tag wer-

den die Teilnehmer in der Immelmann-Kaserne verbringen, um dort Simulationstechnik und Handlungstraining zu erleben.

Schirmherr ist - wie sollte es anders sein - der CDU-Bundestagsabgeordnete Henning Otte. Veranstalter ist die Studiengesellschaft der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT). Bis zum Mai gehörte Otte zum Präsidium dieses Lobbyverbandes. Seit 2012 war er Vizepräsident. Er habe nicht mehr zur Wahl gestanden, hieß es im Mai schlicht in der Pressemitteilung der DWT. Vielleicht erhofft sich der bestens vernetzte Bundestagsabgeordnete ein Amt in der nächsten Bundesregierung, womit der Vizepräsidentenjob bei der DWT nicht mehr vereinbar wäre.

Tag der Reservisten

Schon am Samstag, den 23. September, zwischen 10 – 16 Uhr, veranstaltet der Reservistenverband auf dem Großen Plan den „Tag der Reservisten“.

Frontkämpfer im 2. Weltkrieg

Die Immelmann-Kaserne öffnet ihre Tore immer wieder für die RAG Militärgeschichte des Reservistenverbandes. RAG steht dabei für „Reservisten Arbeitsgemeinschaft“. Am 13. September heißt das Thema „Frontkämpfer im 2. Weltkrieg“ und am 11. Oktober geht es um „Ereignisse im Baltikum im 2. Weltkrieg“. Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass die Ermordung von 200.000 Jüdinnen und Juden in Litauen ein zentrales Thema ist, und in Sachen "Frontkämpfer" vertrat ja schon Hermann Göring die Auffassung: „Es kann keinen besseren Friedensverteidiger geben als die alten Frontkämpfer.“ Wir vertrauen jedenfalls fest darauf, dass die Reservisten – wie Verteidigungsministerin vdL gefordert hat – „nach innen und außen klar signalisieren, dass sie nicht in der Tradition der Wehrmacht stehen“.

Rheinmetall-Waffen in „Länder“

Neben drei Großaufträgen durch die Bundeswehr im Wert von 1,4 Mrd. Euro verbuchte Rheinmetall in den letzten Wochen auch internationale Rüstungsaufträge. Zwei Staaten hätten für ihre Luftstreitkräfte Flugabwehr-Produkte und dazugehörige Dienstleistungen bestellt, teilte das Unternehmen mit – der eine Staat sei ein „Neukunde“, der andere ein langjähriger Kunde. Den Gesamtwert bezifferte Rheinmetall auf 220 Millionen Euro. Die deutsche Qualitätspresse nervte den Konzern nicht mit Anfragen nach den Namen der beiden Staaten.



----- 31.05.2017 -----

Digitales Zeitalter

Die Stadt Celle gibt's jetzt auch bei Facebook, was OB Nigge in dem Eröffnungs-Clip mit ironischem Unterton als „Eintritt ins digitale Zeitalter“ ankündigte. Die Bürgerinnen und Bürger bekämen damit eine Plattform über „all das, was Sie schon immer oder auch noch nie wissen wollten“. Ziemlich cool, der Herr OB.

----- 31.05.2017 -----

Absplitten

Oberstabsfeldwebel Paul Hicks vom Fliegerhorst Faßberg zeigte sich gegenüber der CZ empört über einen Schriftzug „Soldaten sind Mörder“, den Unbekannte vor dem „Tag der Bundeswehr“ auf der Landesstraße 280 von Unterlüß angebracht hatten: „Es wird hier zwar ‚nur‘ auf die Institution Bundeswehr gezielt, aber es geht hier auch um Menschen – um Menschen, die sich gekränkt fühlen und ihren Kindern erklären müssen, warum so etwas gesagt und geschrieben werden darf, und vor allem, warum es so lange auf der Straße öffentlich bleibt“, wird Hicks zitiert. Tatsächlich habe die Straßenmeisterei bereits versucht, den Schriftzug zu entfernen, war daran aber gescheitert. Nun wolle man die Stelle „mit einer Bitumenemulsion ansprühen und anschließend absplitzen“.

----- 30.06.2017 -----

Dafür und dagegen

Bei der Abstimmung zur „Ehe für alle“ gab's von den Celler MdB's ein „Ja“ und ein „Nein“. Trotzdem kommen sie nach der Bundestagswahl sicher gern wieder zusammen, wenn's

nicht anders geht. Sonst sind sie im Bundestag ja auch immer einer Meinung, z.B. bei der Verlängerung der Bundeswehreinätze im Libanon, im Mittelmeer, im Kosovo, in Mali und Somalia. Auch die „Schaffung einer zentralen Gesellschaft für Autobahnen und Bundesstraßen“ konnte sie nicht entzweien. Und selbstverständlich waren die beiden gegen einen Antrag der Fraktion Die Linke, der auf die „Ab-schaffung der sachgrundlosen Befristung“ zielte. Wir merken uns: Der Verfassungsgrundsatz, wonach Abgeordnete „nur ihrem Gewissen unterworfen“ seien, zählt nur für „Gedöns“ (Gerhard Schröder).

----- 27.06.2017 -----

Podcast

Die Ratsgruppe Grüne/Partei/WG hat beantragt, künftig Ratsitzungen als Podcast zum Mithören bzw. Herunterladen auf die Facebookseite der Stadt zu stellen. Die Idee eines Live-Streams im Internet, den vor fünf Jahren die Fraktion Die Linke/BSG und jetzt die AfD-Fraktion beantragt hatten, war zuletzt aus Kostengründen abgelehnt worden. Das Argument zieht nicht beim Podcast, meint die Gruppe: „Die Kosten hierfür sind minimal. [...] Als technische Voraussetzung bedarf es eines Laptops und ggfs. noch eines USB-Sticks. Kosten für Streaming und Hosting entstehen keine.“ In der Begründung heißt es, dass es sozusagen erkennbar „einen Wunsch nach mehr Transparenz des politischen Entscheidungsprozesses gegenüber der Bevölkerung“ gäbe. Der An-

trag wird erstmals in der Verwaltungsausschusssitzung am 29. August behandelt.

----- 01.07.2017 -----

NEIN

Eine geleakte Mitgliederliste der Jungen Alternative (JA) Niedersachsen, also der Jugendorganisation der AfD, zeigt, dass es in Stadt und Landkreis Celle gerade mal ein zahlendes Mitglied gibt. Es ist der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Kreistag, Jens-Christoph Brockmann aus Hermannsburg. Die beiden weiteren als Mitglieder geführten Personen aus Bergen und Westercelle haben anscheinend noch nie Beitrag gezahlt.

----- 11.07.2017 -----

Ein für allemal

Die Junge Alternative, das ist die Jugendorganisation der AfD, hatte nach den Krawallen von Hamburg endlich mal ein Thema. Sie forderte, „dass der linken Szene der staatliche Geldhahn zugedreht wird und deren Zentren geschlossen werden [...], um der linken Szene in Niedersachsen den Garaus zu machen“. Zu den sieben von ihnen dann aufgeführten Zentren gehört auch das Bunte Haus in Celle, was die Cellesche Zeitung so beachtlich fand, diese Forderung in einem Artikel zu G20 in ihrem Niedersachsen-Teil hinten dranzuhängen. Die Begründung der JA überzeugt durch gedankliche Schärfe: „Der Linksextremismus ist kein Problem, dass [sic!] von nichts kommt. Es hat wie jedes



Problem Gründe[,] und diese Gründe gilt es ein für allem Mal zu beseitigen.“ Dass der Linksextremismus in Zentren entsteht, sie also gewissermaßen die Brutstätten einer politischen Strömung wären, wirft das alte Ei-Henne-Problem auf. Deshalb am besten "ausrotten", upps - dafür bot das Synonym-Lexikon glücklicherweise "beseitigen" an. So bleibt als wunderbares Beispiel für die Sprache des Nationalsozialismus (Lingua Tertii Imperii) das „ein für alle Mal“.

----- 12.07.2017 -----

Ohne Rüstung leben

Mit einer Transparentaktion haben Rüstungsgegnerinnen und – gegner vor den Wahlkreisbüros von Henning Otte (CDU) im Südwahl und von Kirsten Lühmann (MdB SPD) am Großen Plan gegen Rüstungsexporte und für eine humane Flüchtlingspolitik demonstriert (siehe Foto S. 14).

Damit sollte, so die Anmelderin, Cornelia Döllermann-Nölting, der Forderung „Grenzen öffnen für Menschen - Grenzen schließen für Waffen“ öffentlichkeitswirksam Nachdruck verliehen werden: „Während die Grenzen für Zuflucht Suchende geschlossen werden und tausende Menschen im Mittelmeer sterben, finden Kriegswaffen und Rüstungsgüter aus Deutschland weiterhin – über alle Grenzen hinweg – ihren Weg in kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten. Die Genehmigungswerte für den Export von [...] Rüstungsgütern haben sich in den letzten acht Jahren verdoppelt. Wir stehen hier, weil nach dem Grundgesetz Abgeordnete nur ihrem Gewissen unterworfen sind, also tragen sie hierfür Verantwortung. Verantwortlich sind aber auch wir, solange wir zusehen und schweigen.“

Der Protest fand statt im Rahmen einer Aktionswoche, zu der „Ohne Rüstung Leben“ aufgerufen hatte.

----- 01.07.2017 -----

ubi bene, ubi patria

Es hatte sich zuletzt schon gelegentlich angedeutet: Der ehemalige Oberstadtdirektor und Oberbürgermeister Dr. hc. Martin Biermann wendet sich in seinen öffentlichen Äußerungen zum Liberalen. In seiner Schützenrede zu „Heimat und Vaterland“ ist weniger das Bekenntnis zu Europa überraschend als die durchaus kritische Sicht auf den Begriff „Vaterland“. Dieser –



so Biermann – beinhalte „auch das unausgesprochene Bewusstsein der Aus- und Abgrenzung derjenigen, die eben nicht unsere Staatsbürger sind.“ Heimat dagegen gelte für Migrant*innen und Deutsche gleichermaßen: „Ich kenne etliche geborene Celler, die aus welchen Gründen auch immer – leider – Celle nicht als ihre Heimat empfinden und andererseits Migranten, die sich hier sehr heimisch fühlen.“ Wer von Heimat rede, müsse Integration wollen und anstreben. „Von Heimat zu reden bedeutet auch die Verpflichtung, sie für Andere erfahrbar und vor Ort erlebbar zu machen.“ Dass Biermann dann vor den Schütz*innen selbst Dürrenmatt zitiert, ohne dessen Gedanken gänzlich vom Tisch zu wischen, ist ebenso beachtlich („Vaterland nennt sich der Staat immer dann, wenn er sich anschiekt, auf Menschenmord auszugehen.“)

Schade, dass er zu diesen Einsichten nicht schon zu Amtszeiten gekommen ist. Die von Biermann vor knapp 20 Jahren inszenierte Kampagne gegen kurdischen Immobilienbesitz in Celle jedenfalls hat seinerzeit – mit Nachwirkungen bis heute – das Gegenteil von Integration bezweckt und bewirkt.

----- 05.08.2017 -----

Shengal – Demonstration

Zum dritten Jahrestag des Genozids an den Êzîden*innen im irakischen Shengal durch den IS demonstrierten knapp 500 Menschen in der Celler Altstadt. Am 3. August 2015 hatten Kämpfer des IS unzählige êzîdische Zivilist*innen ermordet und schät-

zungsweise 5.000 Mädchen und Frauen verschleppt, von denen sich die Hälfte immer noch in den Händen des IS befinden. Gefordert wurde u.a.: eine Autonomie für Şengal auf Grundlage des demokratischen Konföderalismus, die strafrechtliche Verfolgung der Täter und die sofortige Freilassung aller vom IS verschleppten Frauen und Kinder.

----- 11.08.2017 -----

Menschenrecht

Seinen Wahlkampfauftakt feierte Henning Otte (CDU) mit der Verteidigungsministerin auf dem elterlichen Hof in Eversen. Inhaltliches „High“-Light war seine Äußerung zur Ostumgehung: „Die Menschen haben ein Recht darauf.“ So wird ein – spätestens in 20 Jahren – überflüssiges und umweltzerstörendes Straßenprojekt zum Menschenrecht geadelt. Da können wir nur sagen: Abtreten, Herr Reserveoffizier!



Zur Wahl steht: die imperiale Lebensweise



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Die Dicke: Die SPD wird die Bundestagswahl gewinnen, wenn die Wahlbeteiligung über 80 Prozent steigt.

Der lange Lulatsch: Steile These. Wie kommst du darauf?

Die Dicke: Das hat das „Büro für absurde Statistik“ herausgefunden. Seit 1990 war es so, dass die SPD erst bei einer Wahlbeteiligung von über 79 % Ergebnisse erzielt hat, die über 36 % liegen.

Der Besserwisser: Also wird Schulz bestenfalls Außenminister oder Oppositionsführer.

Die Dicke: Und in Niedersachsen wird's wieder schwarz-gelb.

Oma Lilo: Es ist ein Elend. Vor vier Jahren hat Harald Welzer mit einem Bekenntnis zum Nicht-Wählen provoziert; seine Begründung: *„An Fragen der zukunftsfähigen Gestaltung zeigen sich alle Parteien gleichermaßen uninteressiert. Man ignoriert, dass die frühindustrialisierten Länder unter zunehmend größeren Stress durch die kumulativen Wirkungen von Finanzkrise, Staatsverschuldung, Klimawandel, Ressourcenkonkurrenz, Globalisierung der Wirtschaftskreisläufe und multipolare Weltordnung geraten. Und man suggeriert, dass sich solche qualitativ neuen Probleme mit alten Lösungsstrategien bewältigen ließen.“* Was hat sich seitdem geändert? Nichts.

Die Dicke: Kann es sein, dass all die Zukunftsfragen überlagert werden von dem untergründigen Wissen darum, dass alle tragfähigen Antworten mit einer Abkehr von unserer imperialen Lebensweise verbunden sind?

Klein Jonas: Was ist das denn?

Die Dicke: Es geht darum, einen Wohlstand, der auch auf Kosten anderer entsteht, gegen die Teilhabeansprüche ebendieser anderen zu verteidigen. Oder, um es mit den Worten Brechts zu sagen: *„Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: »Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.«“*

Der lange Lulatsch: Kapitalismus halt.

Die Dicke: Ja sicher, aber jetzt eben als Erfahrung im globalen Maßstab. Der deutsche Facharbeiter weiß nicht erst, seit Flüchtlingen massenhaft die Festung Europas zu erreichen versuchen, dass sein relativer Wohlstand nicht allein aus seiner Produktivität erwächst, sondern die Ausbeutung anderer Menschen und der Natur weltweit ihren Teil dazu beitragen, ihm also erst das Leben ermöglicht, das er führt.

Der lange Lulatsch: Deshalb schlägt er sich auf die Seite einer Herrschaft, die genau daran nichts ändern will. Und deshalb gibt bei den Angeboten auf dem Wahlzettel auch keine Partei, die sich offensiv auf die Losung „Grenzenlose Solidarität statt G20“ bezieht.

Oma Lilo: Und was ist mit den Linken und den Grünen?

Die Dicke: Vergleichen wir doch mal die durchschnittlichen Wählerinnen und Wähler der Parteien hinsichtlich ihres ökologischen Fußabdrucks ...

Klein Jonas: Was ist ein ökologischer Fußabdruck?

Die Dicke: Es geht dabei um planetarische Grenzen. In den Fußabdruck fließen ein: CO₂-Verbrauch, Abfälle, nicht erneuerbare Ressourcen, Frischwasser etc. Die Biokapazität der Erde beträgt pro Jahr 1,7 globale Hektar für jede auf diesem Planeten lebende Person. Aktuell sind es aber knapp 3 Hektar, d.h.: Wir leben auf Kosten künftiger Generationen. Und die imperiale Lebensweise zeigt sich darin, dass Europa zwei Planeten bräuchte und Nordamerika drei, um den aktuellen Lebensstil aufrecht zu erhalten.

Der lange Lulatsch: Und das willst du jetzt herunterbrechen auf Milieus von Wählerinnen und Wählern?

Die Dicke: Ja. Ich denke, den größten ökologischen Fußabdruck haben die Wählerinnen und Wähler von FDP und Grünen, gefolgt von der CDU und der SPD, und am Ende liegen AfD und DIE LINKE.

Der lange Lulatsch: Und was leitest du daraus ab?

Die Dicke: Eine grundlegende Abkehr von der imperialen Lebensweise würde bei materiell gut gestellten Wählerinnen und Wähler der Grünen einen erheblichen Einfluss auf ihren bisherigen Lebensstil haben. Deshalb gieren sie nach jedem Strohalm, der ihnen verspricht, Wachstum könne vom Ressourcenverbrauch abgekoppelt werden – mit der beruhigenden Konsequenz, dass sich für sie nichts ändern muss.

Oma Lilo: Und bei den Linken?

Die Dicke: Sie denken sich ihre Wählerinnen und Wähler vor allem als Opfer neoliberaler Herrschaft und zielen im nationalen Rahmen auf eine Umverteilung von oben nach unten.

Oma Lilo: Was ist daran falsch?

Die Dicke: Erstmal nichts. Das ABER besteht darin, dass es nicht um irgendein „gutes Leben“ geht, sondern um mehr Teilhabe an der imperialen Lebensweise.

Oma Lilo: Und wie, meinst du, drückt sich das im Wahlkampf aus?

Die Dicke: Nehmen wir die Antworten auf die Automobilkrise. Alle wollen den Standort retten und auf keinen Fall die Autofahrer*innen in eine Sinnkrise stürzen. Und deshalb beschwören sie mit unterschiedlichen Formeln die E-Mobilität. Aber eine im Auftrag des Landes Baden-Württemberg entstandene Studie zur Mobilität der Zukunft sieht es als unumgänglich an, die Privilegierung des Autos zu beenden. Im einzigen Szenario, mit dem die selbst gesetzten Klimaziele zu erreichen wären, müsste sich die Anzahl der Pkw im Bestand bis 2030 um 30 Prozent und 2050 um 85 Prozent reduzieren und die Fahrleistung der Pkw auf 55 Prozent in 2030 und 30 Prozent in 2050. Darum geht es. Aber jede Partei, die sich dieses Ziel zu eigen machen würde, dürfte an der 5 %-Hürde scheitern.

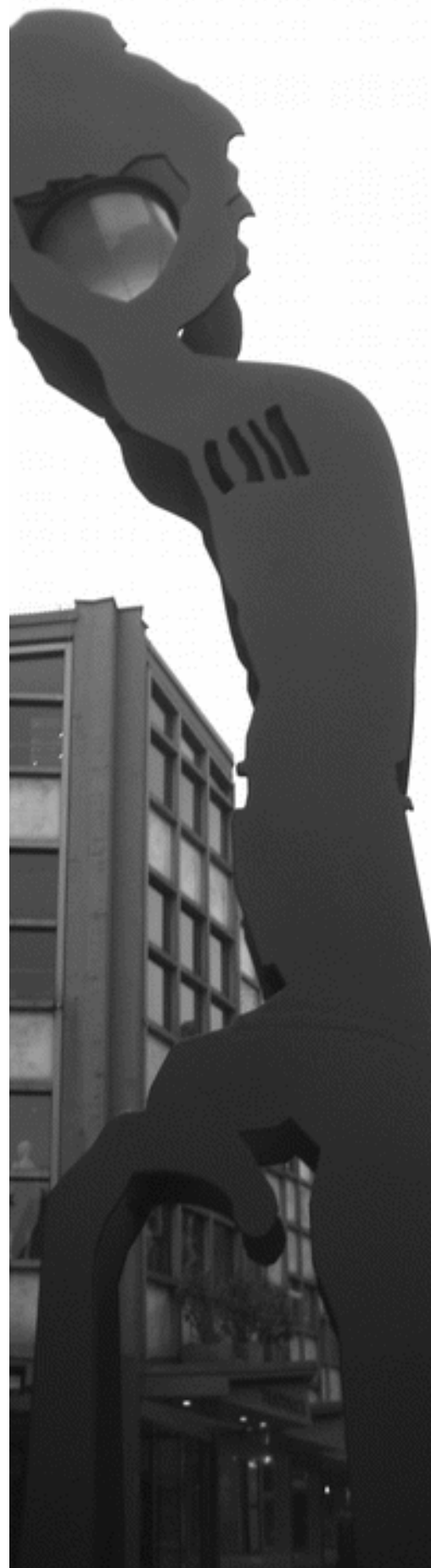
Oma Lilo: Also haben wir keine Wahl?

Die Dicke: Nicht wirklich.

Der lange Lulatsch: Also wiederum DIE LINKE, dann gibt's wenigstens hier und da ein bisschen parlamentarische Opposition.

Oma Lilo (an den Besserwisser gerichtet): Und was meinst du?

Der Besserwisser: Meine Position kennt ihr doch: Wahlen haben den Zweck, die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zum Regiertwerden zu organisieren – und zwar auch und gerade derjenigen, die nicht zu den Nutznießern der herrschenden Verhältnisse gehören. Und das ist halt eine ganz andere Kritik als die von Harald Welzer.



42 % arbeiten in „atypischen“ Jobs

Immer mehr unsichere Jobs: Rund 27.500 Menschen im Kreis Celle arbeiten in Teilzeit, Leiharbeit oder haben einen Minijob als alleiniges Einkommen. Damit ist der Anteil der sogenannten atypischen Beschäftigung an allen Arbeitsverhältnissen im vergangenen Jahr auf einen Rekordwert von 42 Prozent gestiegen. Das kritisiert die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Die Gewerkschaft beruft sich hierbei auf eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung, die die Entwicklung am Arbeitsmarkt seit dem Jahr 2003 untersucht hat. Damals lag die Quote atypischer Jobs im Landkreis Celle noch bei 33 Prozent.

IG BAU-Bezirkschef Dieter Großmann spricht von einem „Alarmsignal an die Politik“: *„Es kann nicht sein, dass wir einerseits einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben, aber andererseits so viele Menschen in prekären Verhältnissen arbeiten.“* Hier sei *„grundsätzlich etwas in Schieflage geraten“*. Der unbefristete Vollzeit-Job müsse dringend wieder zum Normalfall werden.

Nach Angaben der Böckler-Stiftung hat im Landkreis Celle besonders die Teilzeit-Beschäftigung drastisch zugenommen: Arbeiteten 2003 noch etwa 9.300 Erwerbstätige in Teilzeit, waren es 2016 bereits rund 16.300 – ein Anstieg von 76 Prozent. *„Gerade für Frauen ist es nach einer Familienpause enorm schwer, wieder voll in den Beruf einzusteigen. Gegen die Teilzeit-Falle brauchen wir endlich ein verbrieftes Rückkehrrecht in Vollzeit“*, ist Dieter Großmann überzeugt. Ein entsprechender Gesetzesentwurf der großen Koalition war in diesem Frühjahr am Widerstand der Union gescheitert.

Auch bei Minijobs gibt es der Studie zufolge keine Entwarnung: Rund 10.300 Menschen im Kreis Celle waren 2016 ausschließlich geringfügig beschäftigt (2003: 9.100). In der Gebäudereinigung machten Minijobs mittlerweile die Hälfte aller Arbeitsplätze aus, berichtet Gewerkschafter Großmann. Auch hier seien es insbesonde-



re Frauen, die nach einem Jobverlust oder einer Trennung oft schnell in Hartz IV abrutschten.

Mit Blick auf die Bundestagswahl im September fordert die IG BAU Nord-Ost-Niedersachsen von den Parteien klare Konzepte „gegen die Unwucht am Arbeitsmarkt“. Dazu müsse die Abschaffung der Befristungen ohne sachlichen Grund genauso gehören wie die Einbeziehung von Minijobs in die Sozialversicherung.

(Pressemitteilung IG BAU)

PS.: Was die IG BAU leider nicht thematisiert, ist die Basis, auf der atypische Beschäftigung für so viele typisch wird, nämlich die Hartz-Gesetzgebung unter der Schröder-Fischer-Regierung.

Atlas zur Gleichstellung von in Niedersachsen

Jede zweite Frau sitzt in der Teilzeitfalle

Das niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Niedersachsen hat am 8. März 2017 den regionalisierten „3. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen“ vorgelegt, der auch Veränderungen im Zeitverlauf seit der Veröffentlichung des ersten Gleichstellungsatlas 2009 aufzeigt. Erneut wird in den vier Bereichen Partizipation, Bildung und Ausbildung, Arbeit und Einkommen, Lebenswelt durch Indikatoren die gleichstellungspolitische Lage in den niedersächsischen Landkreisen, kreisfreien Städten, der Stadt und der Region Hannover veranschaulicht. Die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Bianka Lawin kommentierte die Ergebnisse für Celle u.a. wie folgt:

„Jede zweite berufstätige Frau im Landkreis Celle sitzt in der Teilzeitfalle: Der Wert ist laut des aktuellen Gleichstellungsatlasses, der jetzt veröffentlicht worden ist, um weitere zehn Prozent gestiegen. Teilzeitarbeit führt für die betroffenen Frauen in die Altersarmut. Deshalb muss es eine Hauptaufgabe sein, mit besserer Be-

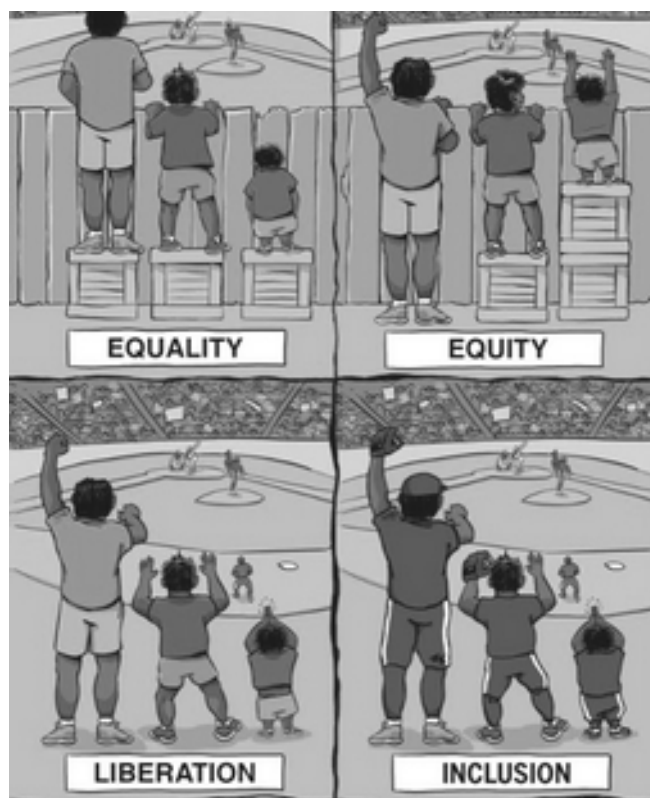
	2003	2008	2013	2016
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte				
Gesamt	46243	48346	53464	55406
Primärer Sektor	860	657	797	858
Sekundärer Sektor	13556	14102	16275	16183
Tertiärer Sektor	31802	33599	36392	38365
davon:				
Vollzeit	37504	36803	38091	38864
Teilzeit	9252	10703	14353	16280
Leiharbeit	192	324	655	936
Geringfügige Beschäftigung				
insgesamt	10773	13771	15027	15180
ausschließlich	9086	10375	10620	10306
nebenberuflich	1687	3392	4407	4874
Atypische Beschäftigung				
in % aller Beschäftigten	33,50	36,40	40,00	41,90
Teilzeit	16,70	18,20	22,40	24,80
Leiharbeit	0,30	0,60	1,00	1,40
Geringfügige Beschäftigung	16,40	17,70	16,60	15,70

treuung für Kinder in Krippen und Kita mehr Frauen Vollzeitarbeit zu ermöglichen.“

„Unsere Bildungspolitik geht immer noch nicht genügend zielgerichtet mit dem Phänomen der Bildungsverlierer Jungen vor. 68,4 % von Schulabgängern ohne Schulabschluss sind Jungen und dieser Anteil ist um 4,3 % gestiegen. Auch bei den Schulabgängern mit Hauptschulabschluss liegen die Jungen mit 59,9 % vorn und dieser Anteil ist um 6,6 % gestiegen. Bei den Abiturienten ist der Anteil von Jungen um 4,7 % zurückgegangen und beträgt lediglich 43,6 %. Allerdings gibt es für die berufsbildenden Schulen des Landkreises Celle ein positives Ergebnis: Hier ist der Anteil von männlichen Abiturienten um 12,4% gestiegen. Unsere Bildungspolitik ist somit nach wie vor ein grundlegendes Thema und sollte endlich vorrangig bearbeitet werden. Ebenso erforderlich ist auch die Betrachtung der derzeit schwindenden Jugendarbeit in unseren Gemeinden, die als sogenannte „freiwillige Leistung“ zunehmend den Einsparungen zum Opfer fällt.“

„Die Väterbeteiligung lässt sich statistisch gesichert nur an dem Bezug von Elterngeld messen. Hier beträgt die Quote für den Landkreis Celle lediglich 26,2 %, deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt in Niedersachsen von 31,9%. Diese niedrige Quote erklärt sich durch den ländlich strukturierten Raum, aber leider auch dadurch, dass Väter die Besserverdiener in Familien sind. Vor allem in Beratungen stellt sich diese Problematik dar, weil sich immer mehr Väter eigentlich eine Elternzeit wünschen, die aber finanziell nicht vereinbar ist.“

Der Atlas mitsamt aller Tabellen steht zum Download auf der Seite des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: <https://www.ms.niedersachsen.de/>



Rosa Luxemburg Club im Herbst Krieg & Frieden, Industrie 4.0 und BlackRock und Co.

Der Celler Rosa Luxemburg Club hat im Herbst wieder einige interessante Veranstaltungen:

Krieg und Frieden - aktuelle geopolitische Herausforderungen - Vortrag und Diskussion

Weltweit steigt die Zahl kriegerisch ausgetragener Konflikte und damit die Zahl der Opfer und auch der Flüchtlinge. Welche geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen stehen hinter diesen Kriegen? Welche Möglichkeiten gibt es, eine - auch nukleare - Aufrüstungsspirale zu verhindern und zivilen Konfliktlösungsstrategien mehr Raum zu verschaffen?



Der Referent Otfried Nassauer leitet seit 1991 das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS). Im Zentrum der Arbeit des Journalisten und Friedensforschers stehen sicherheitspolitische Entwicklungen und Rüstungsfragen.

Dienstag, 17.10.2017, 18.30 Uhr, VHS Celle, Trift 20 (Saal)

Industrie 4.0 - arbeits- und gesellschaftspolitische Herausforderungen

Allenthalben ist von «Big Data», dem Bedeutungszuwachs des «Internets der Dinge», von «Robotik» oder «Autonomik» die Rede - oder kurz «Industrie 4.0». Es ist höchste Zeit eine gesellschaftspolitische Debatte zu führen um Vernetzung und Digitalisierung in der Wirtschafts- und Arbeitswelt sowie um die Verfasstheit einer Gesellschaft 4.0 insgesamt.

Der Referent Dr. Ingo Matuschek ist wissenschaftlich Beschäftigter am Institut für Soziologie an der Universität Duisburg-Essen. Sein Arbeitsschwerpunkt dort ist das Projekt «Industrie 4.0 und die Arbeitsdispositionen der Beschäftigten». Er ist zugleich Mitglied der Arbeitsgruppe «Nachhaltige Arbeit – Die sozial-ökologische Transformation der Arbeitsgesellschaft» des Deutschen Komitees für Nachhaltigkeitsforschung.



Donnerstag, 26.10., 18.30 Uhr, VHS Celle, Trift 20 (Saal)

Die Veranstaltungen finden statt als Kooperationsveranstaltung von VHS Celle und Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen – sie sind gebührenfrei. Trotzdem wäre sinnvoll, wenn sich Interessierte über <https://www.vhs-celle.de/> anmelden.

Und zum Vormerken: Am Mittwoch, den 15.11., 19 Uhr, kommt Jens Berger (Nachdenkseiten) zum Thema „BlackRock und Co. - wie sich das Finanzkapital die Welt zu eigen macht“ ins Kino achteinhalb.

Aktionen rund um Eschedes Nazitreffen

Am 24.06.2017 fand in Eschede auf Hof Nahtz wieder eine Sonnwendfeier statt. Das hat ja leider Tradition. Und genau diese Tradition wurde dieses Jahr besonders gefeiert. Das diesjährigen Nazitreffen wurde unter dem Motto „25 Jahr Widerstand im Heide(n)land“ abgefeiert. Vor 25 Jahren, im Oktober 1992, fand in Eschede eine Wehrsportübung der 1995 verbotenen Nationalen Liste (NL) statt, einer Nazigruppierung um Christian Worch. Die NL hatte ihren Sitz in Hamburg, war sehr aktiv bei der Organisation der Rudolf-Heß-Gedenk-Aufmärsche und gehört zu den Nazigruppen und -parteien, die nach der Wende in der ehemaligen DDR maßgeblich am Aufbau von Nazistrukturen beteiligt war.

Zu dem diesjährigen Nazitreffen bei Joachim Nahtz luden neben den „üblichen Verdächtigen“ wie NPD, JN und Düütsche Deerns dieses mal auch III. Weg, Freundeskreis Gefangenenhilfe und Die Rechte ein. Ob diese Allianz ein regionales Phänomen ist, bleibt abzuwarten.

Der Freundeskreis Gefangenenhilfe präsentierte sich im August 2012 auf dem Pressefest des NPD-Parteiorigans Deutsche Stimme und trat auch online in Erscheinung. Der Freundeskreis ist eine Braune Gefangenenhilfe, ähnlich wie die im September 2011 verbotene Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und ihre Angehörigen (HNG), sie pflegen den Märtyrer-Mythos und werben um Solidarität mit inhaftierten rechten Straftätern. Jedoch agiert der Freundeskreis Gefangenenhilfe nicht nur szenintern in aller Stille und ist auch nicht, wie es die HNG war, ein in Deutschland eingetragener Verein, sondern wurde als gemeinnütziger Verein in Schweden gegründet und hat dort auch ein Postfach und ein Konto. So wollen sie wohl einem Verbot vorbeugen.

Der III. Weg (auch: Der Dritte Weg) ist eine neonazistische Kleinpartei. Sie wurde am 28.9.2013 unter maßgeblicher Beteiligung ehemaliger NPD-Funktionäre und Aktivisten des im Juli 2014 verbotenen Freien Netzes Süd (FNS) gegründet. Sie gilt als Versuch, das FNS unter dem Schutz des Parteienprivilegs weiterzuführen.



Die Rechte ist ebenfalls eine neonazistische Kleinpartei. An der Gründung der Partei am 27. Mai 2012 waren hauptsächlich ehemalige Mitglieder der inzwischen aufgelösten extrem rechten Deutschen Volksunion (DVU), die im Mai 2012 mit der NPD fusionierte, beteiligt. Eine führende Rolle bei der Gründung spielte außerdem der aus Kameradschaftskreisen bekannte Neonazi Christian Worch.

Und da schließt sich der Kreis. Worchs Partei Die Rechte feiert gemeinsam mit Anderen 25 Jahre Nazitreffen in Eschede.

Zu diesem besonderen Anlass wurde auch Livemusik geboten. Bereits das Kinderprogramm am Nachmittag wurde von Barny und Rommel untermalt. Barny, der in echt Mirko Szydowski heißt, ist auf dem Musiksamplern „Solidarität Vol. 4“ vertreten. Der Erlös des Samplers soll Ralf Wohlleben (Angeklagter im NSU-Prozess) zugutekommen. Rommel trat dieses Jahr schon am 10. Februar zum Tag der Ehre bei der Ungarn-Sektion von Blood&Honour auf.

So etwas zum Kinderprogramm ist unerhört! Genauso unerhört, wie die Tatsache, dass es scheinbar wieder keine*n interessiert. Hat irgendjemand kontrolliert, ob eine Kindeswohlgefährdung vorliegt?

Die Veranstaltung, die im Internet beworben wurde, galt wieder als „rein privat“.

Wenn von Politik und Verwaltung ein ernsthafter Wille da wäre, gegen die Vorgänge auf Hof Nahtz vorzugehen, dann wäre das doch mal eine gute Gelegenheit gewesen: Eine öffentlich beworbene Veranstaltung mit diesem unsäglichem Kinderprogramm ist ja wohl ein hinreichender Grund, nach den Rechten zu schauen.

Aber das „Nach den Rechten schauen“ mussten wieder die Demonstrant*innen übernehmen. 180 Menschen nahmen an der Bündnisdemonstration teil. Das Motto war „Geflüchtete bleiben, Rassismus vertreiben“. Dazu gab es etliche Beiträge, Musik von Kutlu Yurtseven und jede Menge Lärm gegen anreisende Nazis.

Ein Novum war, dass die Straße Zum Finkenberg über ca. 40 Meter mit Schildern und Transparenten geschmückt waren. So konnte wirklich keinem der anreisenden Nazis entgehen, dass ihre Anwesenheit – außer von Nahtz und Konsorten – nicht erwünscht war.

Die Nazis hatten wieder Wachposten aus dem Umfeld der JN. Wie im Dezember letzten Jahres war auch wieder Jan Tremmel aus Celle mit dabei. Er ist in Celle ein alter Bekannter; er zog mit den Nazis der damaligen Celler Kameradschaft herum, regional sowie überregional. Dieses Mal war er Begleiter von ein paar Kameraden der Jungen Nationaldemokraten Braunschweig um Sebastian



Mit Brille Sebastian Weigler; links neben ihm Lasse Weking, beide JN Braunschweig

Weigler. Die Nazis patrouillierten zu Fuß die Straße Zum Finkenberg entlang und fuhren provozierend mit einem Fahrzeug mehrmals die Hermannsburger Straße entlang, immer wieder an den Demonstrant*innen vorbei. Die Polizei schaute ziemlich lange dieser Provokation zu, schickte die Nazis dann aber doch schließlich zurück zum Hof Nahtz. Laut Polizei waren ca. 100 Nazis bei Nahtz, aber die Demonstrant*innen hatten bis ca. 17.00 Uhr schon mehr gezählt, und da waren noch nicht die dabei, die für das Konzert am Abend anreisen.

Nach der Demo ist wie immer vor der Demo: Am 23.09.2017 wird es wieder eine Demonstration gegen die Nazitreffen in Eschede geben. Anlass ist dann das sogenannte Erntefest; Beginn 14 Uhr, Ende 17 Uhr, Kundgebung: Kreuzung Zum Finkenberg / Am Dornbusch.

NPD-Stand in Eschede

Zwei Tage nach der sogenannten Sonnwendfeier, die in Wirklichkeit ein Nazikonzert war mit Nazis aus dem gesamten Norddeutschen Raum, hat Joachim Nahtz mit Teilen seines Wachschutzes von der JN Braunschweig einen „Infostand“ im Ortskern von Eschede durchgeführt.

Die Nazis wollten wohl ihr Revier markieren und ganz nebenbei noch Unterschriften für die Landeslisten zur Bundestagswahl am 24.09.2017 sammeln. Ob tat-



sächlich Escheder*innen unterschrieben haben, wissen wir nicht; aber die NPD tritt zur Bundestagswahl mit Christina Krieger aus Hannover auf dem ersten Platz und Matthias Behrens aus dem Heidekreis auf dem zweiten Platz der Landesliste an.

„Zum Finkenberg“ – Bunt statt braun

In der letzten revista haben wir darüber berichtet, dass einige Menschen die öffentliche Straße „Zum Finkenberg“ für einen Spaziergang nutzten und wir endeten den Beitrag mit: „Die Straße Zum Finkenberg ist eine öffentliche Straße, auf ihr können alle Menschen spazieren gehen, Fahrradfahren oder auch mal stehen bleiben und schnacken.“

Und genau das ist passiert: Es fanden sich wieder ca. 15 Menschen zusammen, die am 22.07. auf der Straße „Zum Finkenberg“ ein Happening veranstalteten. Mit biologisch abbaubarem Holi-Pulver machten sie die Straße vor dem braunen Nazitreff bunt. Das ganze war ein kurzes Spektakel auf öffentlicher Fläche, dennoch waren Frau und Herr Nahtz empört und tickten ziemlich aus, um es mal salopp zu formulieren.

Herr Nahtz holte einen hölzernen Spazierstock und schlug auf die Menge ein, in die sich seine Frau gestürzt hatte, um den Fotoapparat der anwesenden Journalistin zu entwenden bzw. den „Film“ zu bekommen, den sie in der Kamera vermutete. Nahtz traf mit seinem Stock die Schirme der Aktionskünstler*innen und auch seine Frau. Diese versuchte inzwischen weiter, mit Würgen und Beißen an die Kamera zu kommen. Dem entspannten Umgang der Gruppe mit dieser hysterischen Reaktion des



Na(h)tzipaars ist es zu verdanken, dass die Situation nicht eskalierte.

Dass die Demonstrationen und Spaziergänge erreichen, was sie beabsichtigen, nämlich den Nazis ihre Ruhe zu nehmen, zeigt sich deutlich an deren Reaktion. Bei Facebook auf einer Seite namens HeimatEschede beklagt sich Tim Nahtz über die Demonstrationen und Spaziergänge. Kenner*innen der Escheder Szene vermuten, dass nicht Tim Nahtz selbst den Beitrag geschrieben hat, was wir ihm auch schlicht nicht zugetraut hätten. Außerdem sollte er wissen, dass sein Verwandter Joachim Nahtz nicht 80 Jahre alt ist, sondern dieses Jahr seinen 82. Geburtstag begehen konnte. Jedenfalls regt sich Tim Nahtz oder sein Ghostwriter darüber auf, dass die Ruhe in Eschede bei Nahtz vorbei ist. Dass dabei gelogen wird, dass sich die Balken biegen, stört und verwundert nicht weiter. Weder Tim Nahtz noch der Ghostwriter waren bei den Aktionen, über die sie sich so empören, anwesend.

Aber dass sich die Nazis aufregen und sich nicht mehr sicher sein können, dass sie ungestört und unbeobachtet ihrem rechten Treiben frönen können – das ist doch ein prima Erfolg.

Die Identitären machen im Mittelmeer Jagd auf Flüchtlinge

Nahtz-Besucher mit dabei

Die Neofaschisten der Identitären Bewegung (IB) hatten Mitte Mai eine Kampagne im Internet gestartet und 76.000 Euro eingesammelt, um ein Schiff zu chartern. Die Gruppe nennt sich *Defend Europe*. Dahinter stehen österreichische, deutsche, französische und italienische Mitglieder der Identitären Bewegung. Die Identitären hatten lautstark verkündet, im Mittelmeer Jagd auf Flüchtlinge zu machen, um diese dann nach Afrika zurückzubringen. Vor der libyschen Küste will die Besatzung der *C-Star* die „Küstenwache auf Flüchtlingsboote aufmerksam machen“, damit diese die Flüchtlinge zurück in das nordafrikanische Land bringt. Damit wollen die Identitären gegen die Arbeit der privaten Organisationen im Mittelmeer protestieren, die vor Libyen Schiffbrüchige aufnehmen und als Flüchtlinge nach Europa bringen.

Die Jagd auf Flüchtlinge im Mittelmeer war vorläufig Medienberichten zufolge gescheitert, bevor sie begonnen hat. Am 26.06. ging durch die Presse, dass die unter mongolischer Flagge fahrende *C-Star* in Zypern festgesetzt wurde. Die in Nikosia erscheinende Tageszeitung *Kibris Postasi* meldete, dass der Kapitän und sein Assistent wegen „Urkundenfälschung“ festgenommen worden seien. Das Internetportal *oe24.at* berichtete, die aus asiatischen Ländern stammende Crew habe auf der Insel politisches Asyl beantragt. Der österreichische *Kurier* ergänzte, die aus Sri Lanka stammende tamilische Mannschaft habe angegeben, für die Fahrt bezahlt zu haben.

Die Rede ist auch davon, dass die Anklage gegen den Kapitän und seine Hintermänner auf „Schlepperei“ laute.

Die österreichische *Kronen-Zeitung* meldete am 06.08.2017, dass die Nazis das NGO-Schiff *Aquarius*, das von den beiden Organisationen *SOS Mediterranee* und *Ärzte ohne Grenzen* betrieben wird, verfolgt haben.

Wie der blog *Nazimelder Hildesheim* berichtete, hatten bereits am 12. Mai 2017 Mitglieder der IB, darunter Führungskräfte wie Martin Sellner (Wien), Clement Galant (Frankreich) oder Lorenzo Fiato (Italien) auf der italienischen Insel Sizilien die *Aquarius* beim Auslaufen gestört. Andre Goldfuhs war Teil des *Defend Europe*-Teams, welches mehrere Tage auf Sizilien die Kampagne und die Aktion vorbereitete. Andre Goldfuhs war Besucher bei dem Nazikonzert in Eschede 2010, aber alles gaaaanz harmlos und soooo privat.

Das Ende der Willkommenskultur

Die Aufnahme von Geflohenen: eine persönliche und politische Herausforderung

Vortrag von Ruth Ditlmann mit anschließender Diskussion

Wie kann die positive Aufnahme von kulturell-verschiedenen, neuen Minderheitsgruppen erfolgreich verlaufen? Dieser Frage widmet sich Frau Ditlmann in ihrem Vortrag und wird einige sozialpsychologische Befunde vorstellen. Diese zeigen, wie tief verankert die Tendenz zur Vorurteilsbildung im Menschen ist. Weiterhin wendet sie sich der Rolle von politischen Akteur*innen zu, und stellt zur Diskussion, wie politische Akteur*innen Vorurteile ausnutzen oder dagegen ansteuern können. Anschließend wird sie ein aktuelles Projekt vorstellen, das untersucht, wie die Rhetorik von Politiker*innen zur „Flüchtlingskrise“ die Meinung von deutschen Bürger*innen beeinflusst. Zum Schluss stellt sie Frage zur Diskussion, ob und wie liberale Demokratien an grundlegenden menschlichen Schwächen und Ängsten scheitern bzw. wie sie diese im positiven Sinne überwinden könnten.

Ruth Ditlmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Veranstalter sind der Arbeitskreis Ausländer, das Diakonisches Werk Celle sowie das Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, der Eintritt ist frei.

Mittwoch, 13.09.2017, 19.00 Uhr
Kreuzkirchengemeinde, Windmühlenstraße 45

Zusammenhalt der rechtsextremistischen Szene

Ende Mai dieses Jahres stellten Bündnis 90/Die Grünen im Landtag eine kleine Anfrage an die Landesregierung, die sich mit der Frage befasst, welche Rolle der Hof von Joachim Nahtz für die niedersächsische rechte Szene spielt. Hier die Antwort:

Seit dem Wiederaufbau im Jahr 2014 sind den Niedersächsischen Sicherheitsbehörden insgesamt acht Veranstaltungen auf dem Hof des Joachim Nahtz in Eschede bekannt geworden. An diesen Veranstaltungen nahmen nach den Erkenntnissen der Niedersächsischen Sicherheitsbehörden zwischen 40 und 100 Personen teil. Bei den Veranstaltungen nahmen nach Einschätzung der Niedersächsischen Sicherheitsbehörden auch minderjährige Personen teil. Einige Veranstaltungen auf dem Hof Nahtz richteten sich mit entsprechender Programmgestaltung auch an den Kreis rechtsextremistischer Familien. Eine genaue Anzahl Minderjähriger kann jedoch nicht angegeben werden.

Nach den Informationen der Niedersächsischen Sicherheitsbehörden sind die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD), sowohl mit dem Landesverband Niedersachsen als auch dem Unterbezirk Heide/Wendland, die Jugendorganisation der NPD „Junge Nationaldemokraten“ (JN) und die „Düütschen Deerns“ als Veranstalter in Erscheinung getreten. Daneben war für die Organisation und Durchführung der Veranstaltungen der Rechtsextremist Manfred Börm verantwortlich. [...]

Der Hof Nahtz wurde sowohl von der NPD, der JN als auch den „Düütschen Deerns“ für Veranstaltungen genutzt. Erkenntnisse über mögliche personelle Überschneidungen zwischen den Nutzern des Anwesens und anderen Organisationen / Gruppen / Parteien liegen den Niedersächsischen Sicherheitsbehörden nicht vor. [...]

Die Veranstaltungen auf dem Hof Nahtz haben [...] den grundsätzlichen Charakter, den Zusammenhalt in der rechtsextremistischen Szene zu fördern. [...]

Zum Teilnehmerkreis der Veranstaltungen auf dem Hof Nahtz gehörten auch Mitglieder der seit 2009 verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ). Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass die ehemaligen Mitglieder der HDJ auch anderen rechtsextremistischen Zusammenschlüssen angehören. [...]

Um die Veranstaltungen und Aktivitäten auf dem Hof Nahtz möglichst in Gänze zu verhindern, fanden in dieser Angelegenheit regelmäßig Gespräche zwischen der Gemeinde Eschede, dem Landkreis Celle und der Polizeiinspektion Celle statt. Daraus folgten verschiedene repressive / präventive Maßnahmen gegen den Hofeigentümer bzw. gegen die Verantwortlichen der Veranstaltungen. So wurden beispielsweise veterinär-, lebensmittel- und baurechtliche Kontrollen durchgeführt. Daraus ergaben sich für Herrn Nahtz zum einen verpflichtende Baumaßnahmen, welche mit zum Teil erheblichen Kosten verbunden waren. Zum anderen wurden auf der Grundlage dieser Rechtsvorschriften Auflagen erlassen, die von den Verantwortlichen zu beachten sind. Die angesprochenen Auflagen werden weiterhin durch den

Landkreis Celle und/oder durch die Polizeiinspektion Celle generell und bei den Veranstaltungen überprüft. [...]

Im Rahmen einer am 01.02.2016 mit Herrn Nahtz durchgeführten Gefährderansprache wurde bei der Polizeiinspektion Celle bekannt, dass zwischen dem Hofbesitzer Joachim Nahtz und Herrn Manfred Börm ein Mietvertrag geschlossen worden sein soll, der die Hoffläche dauerhaft für verschiedene Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene zur Verfügung stelle. [...] Nach Angaben des Herrn Nahtz ist die fortgesetzte Nutzung der Flächen für rechte Veranstaltungen in seinem Sinne. Auch zukünftig solle es Veranstaltungen im bisherigen Rahmen geben, für deren Koordination Herr Börm und die „Düütschen Deerns“ verantwortlich seien. [...] Zur Mietdauer und weiteren Details des Mietvertrages liegen keine Erkenntnisse vor.

Quelle: <https://kleineanfragen.de/niedersachsen/17/8370-welche-rolle-spielt-der-hof-von-j-nahtz-fuer-die-niedersaechsische-rechte-szene>



Die regelmäßigen Gespräche zwischen der Gemeinde Eschede, dem Landkreis Celle und der Polizeiinspektion Celle sind ja nicht von besonderem Erfolg gekrönt. Die Maßnahmen, die getroffen wurden, sind eher Nadelstiche. Ein ernsthaftes Vorgehen gegen Nazis, die ja bekannter Weise nicht nur Brauchtum abfeiern, stellen wir uns anders vor. Aber dazu muss ein ernsthafter politischer Wille vorhanden sein. Zum Beispiel könnte es dem Protest der Nazigegner*innen leichter gemacht werden. Warum ist es nicht möglich, die Demonstration bis zum Hof Nahtz ziehen zu lassen? Eine Gefährdung kann ja wohl nicht der Grund sein. Es ist der Job der Polizei, das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit und damit auch die Demonstrationsteilnehmer*innen zu schützen. Und dass die Nazis eine Demonstration auf „ihrer“ Straße, wie sie glauben, nerven würde, ist klar.

Wir können nur wiederholen, was schon zig Mal gesagt wurde: Wir müssen den Nazis ihre Ruhe nehmen. Denn nur dort, wo sie Ruhe haben, machen sie sich breit - wohl auch in der Annahme, dass das Dulden ihres Denkens und Handelns von der Mehrheitsgesellschaft eine Akzeptanz bedeutet. Aktives Wegschauen hilft da gar nicht.

Veranstaltungsreihe

RWLE Möller

RWLE Möller wäre in diesem Jahr 65 geworden, was für ihn mit Sicherheit kein Grund gewesen wäre, „in Rente“ zu gehen. Die RWLE Möller Stiftung nimmt dies zum Anlass, im Januar 2018 im Bomann-Museum eine große Werkausstellung zu präsentieren. Und schon im Vorfeld finden einige Veranstaltungen statt.

Am Sonntag, den 10. September 2017, gibt es von 14–17 Uhr (so das Wetter mitspielt) eine

„Bilder-Stellung“

im Innenhof der RWLE Möller Stiftung, Zöllnerstraße 7.

Vor der Fassade des Fachwerkhauses erwartet die interessierten Altstadt-Flaneur*innen eine Live-Spray-Aktion des Graffiti-Künstlers Jörg ‚Artes‘ Pippirs, der dort das Banner für die Ausstellung „RWLE Möller — Künstler 1952-2001“ im Bomann-Museum Celle vollenden wird. Im Innenhof des früheren Künstlerhauses ist zudem ein erster atmosphärischer Blick auf eine kleine Auswahl an großformatigen Gemälden des 2001 in Celle verstorbenen Malers RWLE Möller möglich.

Am Dienstag, 31. Oktober 2017, 18 Uhr, geht es weiter im Kinosaal des Bomann-Museums mit

„RWLE Möller zum 65. Geburtstag – ein Abend für zwei Filmemacher“.

Nach einem Vorausblick auf die 2018 geplante Ausstellung folgt im Anschluss der Dokumentarfilm „GEGENLICHTER. Suche nach Paul Celan“ (2011) von Katharina Mihm, einer ehemaligen Stipendiatin der RWLE Möller Stiftung. Die Filmemacherin wird anwesend sein.

In der filmischen Suche leuchten, wie Streiflichter in einem schwarzen Raum, Bildsequenzen aus Ost- und Westeuropa auf, verschwinden und kehren wieder. Es entsteht ein Geflecht, das auf Leben und Werk des Dichters Paul Celan (1920–1970) beruht. Es alternieren biografische Orte mit Beiträgen von Menschen, die sich auf unterschiedliche Weise auf Celans Gedichte eingelassen haben.



Der Eintritt ist frei, es empfiehlt sich eine Anmeldung unter 05141-124540.

Ein zweites Mal wird der Film – ebenfalls in Anwesenheit der Filmemacherin – am Mittwoch, den 1. November, 19.30 Uhr, im Kino achteinhalb gezeigt, auch hier ist der Eintritt frei, Reservierungen über www.kino-achteinhalb.de



„Die Insel“ (2016), Acryl auf Holzbrettern (70x70)

Jens Hemme im Kulturcafé

Am 7. Juli war die Vernissage von Jens Hemme im *Kulturcafé nebenan* in Winsen. Er stellt seine aktuellen Werke aus, die bekannterweise recht dunkel sind und das Düstere der Zeit darstellen, wie Ausgrenzung, Anderssein, Flüchtlinge. Gemalt hat er seine Werke auf Untergründen, die er gerade zur Verfügung hatte, z.B. alten Holztüren. Und wenn er keine Pinsel hatte, dann malte er halt mit den Fingern. „*Am Anfang steht eine unbewusste Gefühlslage, der ich konsequent folge und aus der ich heraus gestalte*“, so Jens. „*Meine Arbeiten markieren einen Grenzgang zwischen inneren und äußeren Erleben, bei dem die Darstellungen des Menschen von innerer Zerrissenheit zeugen und die Dichotomie (eine Struktur aus zwei Teilen, die einander gegenüberstehen und einander ergänzen, rev.) von Verantwortung und Gleichgültigkeit und das Gefühl der Vereinsamung des Einzelnen in einer globalisierten Welt thematisieren.*“



Jens Hemme war bei der Vernissage anwesend und stand den zahlreichen Besucher*innen für Fragen und Gespräche zur Verfügung. Zur Zeit ist er leider wieder oder immer noch im Krankenhaus. Gute Besserung Jens, wünschen wir Dir alle!

Die Ausstellung kann noch bis zum 24.09.2017 im *Kulturcafé nebenan* in Winsen, Küsterdamm 9, besichtigt werden Sonntag bis Freitag von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr, nicht an Feiertagen.

III. Revista-Minigolf-Cup – Neue Bestleistungen

Die Prognosen haben sich bewahrheitet: Das diesjährige Charity-Turnier brach mit der Gewinnerin die Schallmauer von 30 Punkten. Moni, im Vorjahr mit 51 noch auf Platz 12, ist die Gewinnerin 2017 – und zwar mit grandiosen 29 Punkten.

Silber ging an Ewu (32), der sich im Stechen gegen den Vorjahressieger Schmidty (32) durchsetzte. Auf den Plätzen folgten:

4. Deti (35), 5. Günther (38), 6. Karl (39), 7. Dawn (40), 8. Stefan (42), 9. Reinhard (45), 10. Carsten (46), 11. Kaiser (47), 12. Sabine und Oliver (49), 14. Selly (52) 15. Kirsten (53), 16. Anne (54), 17. Conny (55), 18. Michael (62), 19. Inge (72).

Der Teamsieg ging mit 167 Punkten an Moni / Ewu / Selly / Anne.



Im Reich der Maya

Jutta Ulmer und Michael Wolfsteiner nehmen die Zuschauer mit auf eine stimmungsvolle Reise durch das Reich der Maya. Die Fotos entstanden während mehrmonatiger Aufenthalte in Südmexiko, Belize, Guatemala und El Salvador.

Dem Volk der Maya gehören heute etwa sechs Millionen Menschen an. Die meisten sind Kleinbauern und leben in armen Verhältnissen. Im Zentrum der Multivisionsshow stehen der Faire Handel und Nachhaltiger Tourismus, die dazu beitragen, die Lebensbedingungen der Indígenas zu verbessern.

Mit eindrücklichen Bildern berichten die beiden Fotojournalisten über ihre Begegnungen mit Fairtrade-Produzenten. Sie begleiteten Bauern aufs Kaffeefeld, halfen bei der Kakaoernte mit, schauten Webern bei der Arbeit zu und lernten, wie man Latex aus Urwaldbäumen extrahiert und daraus Bio-Kaugummi herstellt. Ulmer und Wolfsteiner lassen die Zuschauer*innen an alten Zeremonien, Karnevalsfeiern und farbenfrohen Marktbesuchen teilhaben.

Freitag 20.10.2017, 19 Uhr, Beckmannsaal, Magnusstraße; Verant.: Weltladen Celle, Eintritt: 6 Euro, erm. 4 Euro



Gut ankommen?

Was sich derzeit vor der Küste Libyens abspielt, ist nichts als purer Zynismus. Trotz der dramatischen Berichte über Massenvergewaltigungen und Misshandlungen in libyschen Flüchtlingslagern halten die europäischen Staaten an ihrer Absicht fest, Libyen notfalls mit militärischer Gewalt abzuriegeln und Flüchtlinge wieder nach Libyen zurückzubringen. Sie nehmen damit nicht nur weitere Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen in Libyen in Kauf, sondern auch weitere Tote im Mittelmeer.



Einen – unterm Strich – hilflosen Kontrapunkt setzt vom 5. bis 7. September das Kunstprojekt „Mit Sicherheit gut ankommen“ im Celler Hafen. Den Kern des Projekts bildet die Reise von zwei Schiffen entlang deutscher Binnenwasserstraßen. Auf den Schiffen befinden sich mehr als 80 Kupferfiguren des dänischen Künstlers Jens Galschiøt. Ziel dieses sozial-kulturellen Schiffsprojektes ist es, mit einem „Hingucker“ und den begleitenden Veranstaltungen und Aktionen Gelegenheiten zu bieten, sich mit dem Thema Flucht und Migration auf eine andere Weise als gewohnt auseinander zu setzen. Das Celler Begleitprogramm findet ihr auf unserem Veranstaltungskalender.

Zum „Tag der Bundeswehr“ in Faßberg

Ernstfall, Normalzustand seit langer Zeit

„Von Plön im Norden bis Füssen im Süden, von Aachen im Westen bis Storkow im Osten Deutschlands – an diesen Orten präsentiert sich die Bundeswehr mit ihren Fähigkeiten, Facetten, Soldaten und zivilen Mitarbeitern“ - eine hochglanzpolierte Werbeschau an 16 Standorten, so auch auf dem Fliegerhorst Faßberg.

Oberst Georg von Harling und Faßbergs Bürgermeister Frank Bröhl eröffneten am Morgen des 10.06.2017 die Kasernentore für Besucher*innen und wünschten, „dass Sie am Ende des Tages sagen: Der Tag hat sich gelohnt.“

Dafür wurde eine ganze Menge aufgefahren, das Organisationskonzept über Monate vorbereitet und zusammengetragen, was so eine Bundeswehr alles zu bieten hatte.

Wer sich also an diesem Tag nach Faßberg aufmachte, konnte ein Programm vom „Feinsten“ erwarten, natürlich familientauglich und ganz dem üblich „aufgepimpten“ Eventcharakter verpflichtet.

Flugzeuge, Hubschrauber, Kettenfahrzeuge und vieles mehr wurden hautnah dargeboten. Für Musik sorgt das Stabsmusikkorps der Bundeswehr, für das leibliche Wohl eine Vielzahl einheimischer Brat- und Imbissbuden. Das Hallenvorfeld präsentierte sich als Riesen-Abenteuerspielplatz, die umliegenden Flugzeughangars boten Platz für eine Vielzahl „überraschender Gästevereine“, der Firma „Rheinmetall“ und all den sonstigen attraktiven Angeboten an Ausbildung und Bundeswehr-Drum-Herum.

Am Boden präsentierte das Heer seine neuesten und schlagkräftigsten Panzer und Fahrzeuge. Zwischen dem Kampfpanzer Leopard 2 und dem Schützenpanzer Puma schlängelten sich die Besucher, verweilten bei „Patriots“



oder dem Raketenwerfer „MARS“ oder fachsimpelten über Einsatzmöglichkeiten.

Flugvorführungen von Eurofighter, Tornado, den Transportluftfahrzeugen NH90, CH53 und H145M, C-160 Transall, AVAC und A400 waren ein Programmschwerpunkt und –höhepunkt des Tages. Die Flugzeuge konnte der geneigte Besucher – neben weiteren Fahrzeugen und Großgeräten des Heeres – natürlich auch „in Echt“ besichtigen. – Die meisten jedenfalls.

Eine große Ausstellung zeigte dem Publikum anschaulich, wie die Soldaten an luftfahrzeugtechnischen Geräten ausgebildet werden, und auch die zivile Sparte kam nicht zu kurz: Neben „outgesourcten“ Bereichen wie dem Fuhrpark gab's allerlei Technisches zu bestaunen – von der Abfallbeseitigung bis hin zum Rücketraktor für Waldarbeiter.

Schließlich ging es der Bundeswehr um eine möglichst attraktive Präsentation als Arbeitgeber – mit und ohne Uniform.

Ein Heer von Technikern und Organisatoren wird für den Unterhalt eines derartigen „Großunternehmen“ benötigt – jährlich 20000 werden dabei auf ihre Tauglichkeit geprüft. Natürlich auch die Eignung fürs Kämpferische, speziell bei Eingreifgruppen wie der KSK. Etwas für die ganz Harten, wie eine kleine Vorführung zur Geiselfreiung anschaulich machen sollte. Unterstützt von „ihrem Kameraden auf vier Pfoten“ und viel „Pyro“ wieselte ein verummter Trupp agiler Kämpfer durch ein Spalier von simulierten Häuserwänden. Es krachte und rauchte und zum Schluss konnte auch ein armes Menschlein aus seiner Notlage befreit werden, – Chapeau!

Gleich zur Eröffnung aber waren erst einmal die Freifaller gefragt: Aus einer CH-53 sprang eine bunte Schar mit ihren Gleitfallschirmen und landeten sicher auf dem Flugplatzgelände; Hubschrauber zeigten Akrobatisches, eine AWACs dröhnte beruhigend über die Köpfe der staunenden Besucher, dazwischen immer wieder das Infernalisches Geräusch eines Eurofighters, gefolgt von einer tatsächlich fliegenden A-400 (derzeit das einzige flugfähige Exemplar, wie mir ein auskunftsfreudiger Mechaniker verriet).

Das Publikum reagierte begeistert auf all das Dargebotene. Die technophile Schwarmgeisterfraktion geriet in Verückung bei so viel „heavy metal“ und auch Papa konnte endlich mal seinen Kindern hautnah aus seinem Erfahrungsschatz bei der BW plaudern.

Ansonsten wurde ungeniert der kleine Rommel im Menschen geweckt. Im kühnen Outfit oben aus der Panzerluke die nachfolgenden Truppen zu dirigieren: Das machte nicht nur den Nachwuchs glücklich, sondern versetzte auch so manch altgedientes Soldatengemüt in wehmütige



Stimmung.

Dazu passte auch der O-Ton zur Einführung des neuen Puma-Schützenpanzers. „Der größte Unterschied zum Schützenpanzer Marder ist die Geschwindigkeit“, erzählt Feldwebel Sven K., Truppführer auf dem 1.080 PS starken und selbst im Gelände 70 km/h schnellen Panzer. „Der Motor entwickelt wirklich eine Wahnsinns-Kraft. Und mit der 30 mm-Kanone kann man viel schneller arbeiten.“ Ziele in bis zu 3.000 Metern Entfernung könne er damit bekämpfen, erzählt der 23-jährige.

Was für ein Arbeitsplatz!

Soldatinnen gab es natürlich auch. Alles lief wohl geordnet, keine Krisen, kein Gemecker, keine Nörgler und Defätisten. Dafür wurde ordentlich Geld verbraten; die Organisation war vom Feinsten, das Wetter wie bestellt – das deutsche Volk sollte schließlich stolz sein auf seine Soldaten.

Und wo immer man hinschaute überall Technik, heiles Deutschland, Kinder in Tarnfleck, Waffen, Gerätschaften und auskunftsfreudiges Personal. Auch die himmlischen Bodentruppen durften nicht fehlen und jede Menge Militärisches aus dem Modellbaukasten.

Die BW gerierte sich modern und weltoffen – eine Kümmerorganisation, der man sich bedenkenlos anschließen kann – so wie dem guten Onkel um die Ecke.

Dabei übersahen der geneigte BW-Fan und seine Angehörigen leicht, dass es sein Steuergeld ist, mit dem hier Reklame gemacht wurde.

Doch die BW brauchte sich keine Sorgen zu machen: Die Geldverschwendung war kein Thema; Hierarchie gibt es in jedem Betrieb, Arbeitskleidung auch; die Aufstiegschancen sind wie überall in unserer Gesellschaft; Mobilität ist akzeptiertes Merkmal der Arbeitswelt ... nur das mit dem Krieg wurde nicht so hoch gehängt, die toten Bundeswehrsoldaten passten nicht ins werbende Präsentationsbilderbuch.



Ein mögliches Imageproblem? – Egal.

30 – 40.000 Besuchern konnten sich nicht irren!

An so einem Tag dominierten in der Hauptsache das Spaßvergnügen und eine wohlwollende Zukunftsperspektive. Angesagt war eine fröhliche Kriegsführung mit BW-Bigband und Imbissbuden.

Und nicht zuletzt wurde auch meine Neugier befriedigt: Ich hatte endlich mal ein fliegendes schwarzes Loch gesehen und weiß nun ein bisschen mehr, wohin des Bundesbürgers Steuermilliarden fließen.

Bei so viel blankgeputztem Kriegsgerät ist mir auch nicht bange, wenn unsere „Freiheit am Hindukusch“ verteidigt wird und jetzt auch noch in Mali (wenigstens ein UN-Mandat gibt es dafür).

Vielleicht wird's ja was mit der Eindämmung von Flüchtlingswellen durch unsere Streitkräfte im Mittelmeer. Für rund 37 Milliarden (8% gegenüber 2016) in diesem Haushaltsjahr kann man eigentlich einiges verlangen.

Nur schade, dass unsere Marine – geologisch bedingt – nicht dabei sein konnte. Die neue Fregatte soll ja nach unzähligen Weh-Wehchen endlich fertig sein. Sie schwimmt sogar, wenn auch ein wenig in Schiefelage. Wenn das kein Omen ist!

Krieg – sexuelle Übergriffe – problematische Traditionspflege – Steuerverschwendung – Misswirtschaft – Rechtsradikalismus – Fehlanzeige! Panzerdeal mit der Türkei, neuer kalter Krieg, Aufrüstung, Waffenexporte in alle Welt – kein Thema!

Wie hieß es schon 1980 bei der Band „Fehlfarben“ so schön?

Ernstfall, es ist schon längst soweit, Ernstfall, Normalzustand seit langer Zeit!

Die Legion Condor und die Zerstörung Guernicas

Die Volkshochschule Celle zeigt vom 12. September bis zum 31. Oktober die Ausstellung „Ein voller Erfolg der Luftwaffe“. Thema ist die Vernichtung der baskischen Stadt Guernica am 26. April 1937 – die Geschichte eines deutschen Kriegsverbrechens. Hubert Brieden vom Arbeitskreis Regionalgeschichte e.V. hat die Ausstellung mit erarbeitet und gibt am Eröffnungstag um 19 Uhr eine Einführung in die Ausstellung. Wir sprachen vorab mit ihm über regionalgeschichtliche Hintergründe.

?: Am 26. April 1937 wurde die baskische Stadt Guernica/Gernika durch deutsche Kampfflieger der Legion Condor während des Spanischen Bürgerkrieges fast vollständig vernichtet. Dieses Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung einer unverteidigten Stadt löste weltweit Entsetzen aus. Pablo Picasso schuf unter dem Eindruck der Vernichtung sein wohl bekanntestes Bild, nannte es einfach „Guernica“ und machte diesen Namen bis heute zum Synonym für faschistischen Terror und die Schrecken des Luftkrieges. Mit Veröffentlichungen und der Ausstellung versucht der AK Regionalgeschichte seit gut 20 Jahren darauf aufmerksam zu machen, dass der Fliegerhorst Wunstorf einer der wichtigsten Flugplätze für die Ausbildung der Bombereinheiten der Legion Condor war, die im wesentlichen für diese Kriegsverbrechen verantwortlich war. Wie seid ihr zu diesem Forschungsschwerpunkt gekommen?

!!: Im Rahmen unserer Forschungen zur NS-Geschichte des Altkreises Neustadt am Rübenberge (heute Teil der Region Hannover) erzählte uns 1983 ein Zeitzeuge, dass der Fliegerhorst Wunstorf etwas mit dem Spanischen Bürgerkrieg und der Legion Condor zu tun habe. Genaueres wusste er aber nicht. In einer regionalen Militärchronik wurden die Erinnerungen des Zeitzeugen bestätigt, allerdings waren die Angaben recht vage, unpräzise und teilweise auch falsch. Wir haben daraufhin in den regionalen Archiven recherchiert, aber keinerlei Hinweise gefunden. Außerdem fragten wir beim Lufttransportgeschwader 62 der Bundeswehr an, ob ihnen irgendwas bekannt sei. Der Presseoffizier antwortete, dass es seinen Informationen nach keinerlei Verbindung zwischen Fliegerhorst Wunstorf und der Legion Condor bzw. dem Spanischen Bürgerkrieg gegeben habe. Er habe extra nochmal die Wehrmachtveteranen befragt, die das bestätigen hätten.

Daraufhin sind wir ins Bundesarchiv/Abteilung Militärarchiv nach Freiburg gefahren, um dort in den Restbeständen von Akten der Legion Condor zu recherchieren. Anhand der teilweise noch vorhandenen Personalbestandslisten der Legion Condor konnten wir nachweisen, dass der größte Teil des in diesen Listen genannten Personals der schweren Bombereinheiten vom Fliegerhorst Wunstorf gekommen war. Heute wissen wir es noch genauer: Ca. 70 % der schweren Bomber- und der Aufklärungs-

einheiten der Legion Condor kamen vom Fliegerhorst Wunstorf aus dem Traditionsgeschwader Boelcke. Personal dieses Geschwaders, das auch auf Fliegerhorsten in Langenhagen und Delmenhorst stationiert war, unterstützte seit 1936 den Militärputsch in Spanien. Anfang 1938 wurde auf dem Fliegerhorst Wunstorf eine Extra-Ausbildungsstaffel für die Legion Condor aufgestellt.

Für unsere Arbeit war ein Buch des Militärhistoriker Klaus A. Maier wichtig, der sich als erster in Deutschland intensiv mit dem Bombardement von Gernika beschäftigt hatte, aber nicht mit der Geschichte des Fliegerhorstes Wunstorf. Ansonsten mussten wir selber recherchieren und konnten schließlich auch nachweisen, dass Wunstorfer Flieger an der Vernichtung Guernikas beteiligt waren. Die Veteranen hatten offensichtlich gelogen.

?: Sehr viele Menschen kennen Picassos Bild „Guernica“, aber die Zahl derer, die auch die Verantwortlichen für die Bombardierung der baskischen Stadt kennen, dürfte in Deutschland nicht allzu groß sein. Wie kommt es zu dieser erinnerungspolitischen Leerstelle?

!!: Die Geschichte der Wehrmacht wurde nach dem Zweiten Weltkrieg verschwiegen und vertuscht. Spuren und Beweise wurden systematisch vernichtet. Die Kommandantur des Fliegerhorstes Wunstorf ließ vor dem Einmarsch der Alliierten Akten verbrennen. Bei der Remilitarisierung stützte sich die Bundesregierung überwiegend auf Wehrmachtspersonal. 1959 bestand das Offizierskorps der Bundeswehr zu etwa 3/4 aus ehemaligen Wehrmachtsoffizieren. Über deren Vergangenheit und deren Beteiligung an Massenverbrechen wurde eisern geschwiegen. Gleichzeitig wurden schon Anfang der 1950er Jahre Veteranenverbände gegründet, die das Bild von der sauber gebliebenen Wehrmacht verbreiteten. In Wunstorf organisierte der „Traditionsverband Geschwader Boelcke“ 1952 und 1953 bereits wieder Aufmärsche durch die Stadt. 1956 wurde die „Kameradschaft Legion Condor“ gegründet. Solche Veteranenverbände pflegten beste Kontakte zu Bundeswehroffizieren und trafen sich über Jahrzehnte regelmäßig in Bundeswehrkasernen. Noch in den 1980er Jahren erklärte der „Traditionsverband Geschwader Boelcke“, der alte „Boelcke-Geist“ solle an die jüngere Generation weitergegeben werden. Die „Kameradschaft Legion Condor“ fand, dass das „Wirken der Legion Condor in Spanien“ – so wörtlich – der „bundesdeutschen Jugend als Vorbild dienen“ solle. Menschen, die es in den 1950er Jahren wagten, die Nazi-Wehrmacht öffentlich zu kritisieren, wurden niedergemacht und weggemobbt. So ist es im Umkreis des Fliegerhorstes Wunstorf geschehen. Die mörderische Rolle des deutschen Militärs im Zweiten Weltkrieg durfte öffentlich nicht thematisiert werden. In dieser allgemein akzeptierten Tabuisierung der jüngsten Militärgeschichte wird besonders deutlich, dass der Militarismus in West-

deutschland weiterlebte. Die Geschichte der Militärstandorte und der zugehörigen Wehrmachtseinheiten ist bis heute eines der am wenigsten erforschten Kapitel der NS-Geschichte. Das öffentliche Schweigen eröffnete den Tätern Raum, um ihre „Heldengeschichten“ oder ihre Märchen von der „sauberen Wehrmacht“ zu verbreiten.

?: Bis in die 1980er Jahre hinein kennen wir den Begriff „Nestbeschmutzer“. Damit sollte diskreditiert werden, wer sich im regionalen Bereich mit NS-Verbrechen beschäftigte. Habt ihr das auch so erlebt?

!: Als wir Anfang der 1980er Jahre mit den Forschungen zur NS-Geschichte begannen, hat man uns vorgeworfen, wir würden den Frieden in der Stadt stören, seien „Nestbeschmutzer“ und anderes mehr. Solche Beschimpfungen trafen uns nicht besonders, weil wir mit den Nazis nichts zu tun hatten und zu tun haben wollten und – um im Bild zu bleiben – nicht in deren Nest saßen. Sie haben versucht, uns mundtot zu machen, indem man uns Druckkostenzuschüsse verweigerte oder uns als Dozenten aus Volkshochschule rauswarf. Das war gelegentlich hart, weil unsere materiellen Grundlagen zerstört wurden, aber sie konnten uns nicht einschüchtern – die Zeiten waren vorbei. Viele Leute wollten endlich über die NS-Geschichte informiert werden und unterstützten uns. In der Garnisonsstadt Wunstorf gibt es Leute, die den Geist der 1950er und 1960er Jahre immer noch nicht überwunden haben, aber sie sind nicht mehr in der Lage den öffentlichen Diskurs zu dominieren oder Leute einzuschüchtern – obwohl sie es immer wieder versuchen. Die Kommandantur des Lufttransportgeschwaders 62 in Wunstorf, die jahrelang unsere Forschungsergebnisse bestritten oder relativiert hat, gibt sich inzwischen liberal, streitet nichts mehr ab und will in diesem Jahr sogar einen Gernikagedenkstein auf dem Fliegerhorstgelände aufstellen lassen. Gleichzeitig bleiben in einem kleinen Museum der Bundeswehr, - der Ju-52-Halle - die Wehrmachtsverbrechen weiterhin ausgeblendet. In Wunstorf ist es politisch immer noch nicht möglich, die Oswald-Boelcke-Straße – von den Nazis zu Ehren des Boelckeschwaders so benannt – in Gernikastraße umzubenennen. Heute versucht man nicht mehr, Leute zum Schweigen zu bringen oder öffentlich die Wehrmachtsverbrechen zu relativieren. Man gibt sie zu, errichtet sogar einen Gedenkstein und mag dennoch nicht von der militaristischen Traditionspflege lassen. Man muss inzwischen wohl eine Art von historischer Schizophrenie konstatieren.

?: Ihr habt in Kooperation mit dem Bildungswerk ver.di im April 2017 eine Reise nach Gernika organisiert. Was habt ihr da erfahren und erlebt?

!: Wir haben seit Anfang der 1980er Jahre regelmäßig Reisen nach Gernika organisiert und es sind gute Kontakte und auch Freundschaften entstanden. Uns war es immer ein Anliegen, Kontakte zu den Opfern des deutschen Militarismus aufzunehmen und zu pflegen, ohne dass dabei die Geschichte ausgeblendet würde. Seit 1997 unterstützt uns dabei auch das Bildungswerk ver.di. In Gernika wurden wir von Anfang an sehr freundlich auf-



genommen. Man war froh, dass sich in Deutschland Leute mit der Geschichte des Bombardements auseinandersetzen. Der Name Wunstorf ist in Gernika bekannt, genau wie der Name Gernika in Wunstorf. Es ist also durchaus möglich, auch mit geringen Mitteln öffentliche Diskurse zu führen. In Kooperation mit dem baskisch-deutschen Kulturverein Baskale aus Bilbao wurde unsere Ausstellung, die jetzt in Celle zu sehen ist, ins Baskische und Spanische übersetzt und inzwischen in vielen Orten des Baskenlandes gezeigt. Die Beschäftigung mit der regionalen Geschichte hat uns internationale Kontakte eröffnet und unseren Blick erweitert.

Hubert Brieden, Tim Rademacher: Guernica, Łomża, Warschau, Coventry - Deutsche Geschichtspolitik, Traditionspflege in der Garnisonsstadt Wunstorf, „Vergessene“ Geschichte in Hannover-Langenhagen, 339 Seiten, Paperback, zahlreiche Abbildungen und Karten, 16,50 €, ISBN: 978-3-930726-15-8

„... ein voller Erfolg der Luftwaffe.“ Die Vernichtung von Gernika/Guernica am 26. April 1937. Geschichte und Gegenwart eines deutschen Kriegsverbrechens, 19 Seiten, A4-Format, farbig, 3. überarbeitete Auflage, 2,- €, ISBN: 978-3-930726-23-3

Hubert Brieden, Mechthild Dortmund, Tim Rademacher: Gernika (Guernica)/Bizkaia und Wunstorf/Region Hannover. Über die Schwierigkeiten beim Umgang mit der Militärgeschichte in Deutschland und Spanien, 40 Seiten. Großformat, vierfarbig, zahlreiche Fotos, 9,- €, ISBN 978-3-930726-30-1

Lutz Taufer – „Über Grenzen“

Von 1982 bis 1995 lebte der Autor Lutz Taufer als Gefangener aus der RAF (Rote Armee Fraktion) im Celler Knast; nun legt er mit „Über Grenzen“ eine biographische Bestandsaufnahme seines Werdeganges vor. In 10 Abschnitten berichtet Taufer (Jahrgang 1944) über seinen familiären Hintergrund und die Kinderzeit und Jugendjahre im Nachkriegsdeutschland der badischen Provinz, begleitet vom Grundton des „vorwärts und vergessen“ der Nach-NS-Zeit. Anders als viele spätere Genoss*innen der bewaffneten Politik ist seine Herkunft eher proletarisch unangepasst, denn bürgerlich assimiliert. Der dann folgende Blick auf die zunehmende Politisierung kann auch heutigen Leser*innen eine Sicht auf die ganz junge BRD öffnen: – ja auch das war die Nachkriegsrepublik Deutschland! Ein Staat, in welchem Figuren wie der unsägliche Globke seine üble Juristerei fortsetzen und hier in Celle und Lüneburg der Altnazi Ottersbach seine Strafverfolgung Andersdenkender ungestört weiter treiben durften; und zur Erinnerung: Die Frankfurter Auschwitz-Prozesse fanden 1963 bis 1968 statt. Mehr noch: Als Unterstützer des Vietnam-Krieges und Bollwerk gegen jedwede außerparlamentarische Opposition machte der Staat – im Verein mit einer aufhetzenden Medienlandschaft – sich selbst zur Kampfpartei gegen einen soziokulturellen Aufbruch, welcher weite Teile der westlichen Welt und sogar Teile des „Ostblocks“ ergriffen hatte. Es muss eine andere, solidarische und gerechtere Welt möglich sein! Taufer politisiert sich auch entlang des Umgangs der etablierten Gesundheitswirtschaft mit den Kranken, hier besonders den emotional Kranken in der Gesellschaft.

Die weitere Eskalation ist bekannt, – Student*innen-Unruhe in den großen Städten, Schüsse auf Weisbecker, von Rauch, Ohnesorg und Dutschke; der Kaufhausbrand in Frankfurt/M, Verhaftung und Befreiung der Täter; es



entsteht der „bewaffnete Kampf in den Metropolen“, auch in Frankreich und besonders in Italien. Aber, und das macht Taufers Buch klar: Da ist kein Automatismus. Geschichte ist das Resultat handelnder Subjekte und agierender Kräfte.

In der BRD eskaliert die Konfrontation im sog. „Deutschen Herbst“. Im Besitz eines namhaften deutschen Filmmachers befindet sich das Obduktionsfoto des Holger Meins nach dessen Tod im Hungerstreik 1974 in Stuttgart-Stammheim; zu diesem Zeitpunkt entgrenzt die Selbstermächtigung der bewaffneten Politik, ebenso wie der Vernichtungsdruck der Verfolgungsbehörden ins Irreale kippt.

1975 nimmt Taufer an der Besetzung der BRD-Botschaft in Stockholm teil. Die Stammheimer Gefangenen sollen freigespresst werden. Die Aktion scheitert; zwei Geiseln werden getötet, ein Besetzer überlebt die Aktion nicht. In seinem Buch unterzieht Taufer diese Besetzung einer harschen Kritik; die Gruppe der Gefangenen aus der RAF und die Militanten draußen haben keine einheitliche Konzeption mehr. Anfang der 1980er Jahre findet sich mit den Antiimps ein weiterer Akteur auf dem linksradikalen Spektrum. Das Gefangenenkollektiv zerbricht. Die RAF stellt den bewaffneten Kampf ein. Die Gefangenen, mit bisweilen über doppelt lebenslänglichen Schuldsprüchen inhaftiert, gelangen nach durchweg über 20 Jahren Gefangenschaft, teilweise unter Bedingungen von Isolationsfolter, und nach diversen Hungerstreiks in eine ungewohnte Freiheit; auch in eine neue Bundesrepublik. (Das Foto zeigt v.l.n.r. Luft Taufer, Knut Folkerts und Karl-Heinz Dellwo bei der Entlassung von Knut im Eingang zum Celler Loch“.)

Später sollte ein Arzt der MHH Hannover im Bezug zur Zwangsernährung Taufers während eines Hungerstreiks äußern, dass die BRD auf dem Weg war, der Staat zu werden, den die RAF bekämpfte .

Die Gründe des Aufbruchs bestehen fort; der bewaffnete Kampf ist gescheitert. Hier liegt eine der Stärken von Taufers Bericht: Wie fühlt sich das – zunächst ganz praktisch – eigentlich an. Und darauf: Was tun?

Mit seinem Lieblingsbegriff der „Selbstermächtigung“ im Gepäck bereist Taufer Lateinamerika – zu den Genoss*innen von den Tupamaros aus Uruguay hatte es schon während der Haftzeit Kontakte gegeben. Daran schließt sich eine fast jahrzehntelange Arbeit in Brasilien an: Als Mitarbeiter des „Weltfriedensdienstes“ (<http://wfd.de/ueber-uns/>) arbeitet er in brasilianischen Favelas. Nicht, um den Menschen dort zu zeigen, wie „Basisarbeit geht“, sondern um dort auch für seine Vorstellung von Eigeninitiative, Solidarität und eben: Selbstermächtigung zu werben.

Erneut finden sich die Mühen der Ebene – der Ver-

such auf lokaler Ebene, Mittel für soziokulturelle Einrichtungen zu bekommen, versendet oft an den Korruptionserbe der lokalen Verwaltung oder am Widerstand des großen „narcotrafico“; wenn es gilt, Computerkurse für Jugendliche zu starten – wer spendet alte Rechner; wie finden sich Frauen zusammen für eine eigenständige „selbstorganisierte Textilproduktion“; und immer wieder auch unter den „favelados“ selbst das Ringen mit einem ererbten machismo und jahrzehntelangem aufoktroierten Gefühl eigener Minderwertigkeit.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind allerdings in Brasilien wie in der BRD nicht naturgegeben; es macht einen Unterschied, wo du aufwächst, zur Schule gehst und ggf. eine Arbeit bekommst oder auch nicht; den Reichtum dieser Welt gerechter zu verteilen, als die mondialisierte Weltwirtschaft dies tut, ist Taufers spürbares Anliegen. Sein Fazit heute sieht so aus:

„Aber es gibt nicht nur Grenzen, die überschritten werden können, es gibt auch Grenzen, die respektiert werden müssen. Auch das mussten wir lernen. Dennoch: ohne Mut, ohne Risikobereitschaft, ohne die Bereitschaft, sich von Vorgefundenem und das heißt auch von Sicherheiten zu verabschieden, sich auf unbekanntes Terrain zu wagen, geht es nicht. Grenzüberschreitungen sind immer auch ein Gang ins Ungewisse, Ungefähre, aber kein Gang ins Beliebig.“

Der Umfang von Taufers Bericht geht ein wenig zu Lasten der Übersichtlichkeit, insbesondere in der Südamerika-Phase; – als selbst-kritischer Bericht über einen Lebensbogen von erheblicher Spannweite und, ja, auch als Buch über die deutsche Nachkriegsgesellschaft und deren Weg in die heutige Zeit ist „Über Grenzen“ auch: ein gutes Geschichts-Lesebuch.



Tafer, Lutz: Über Grenzen. Vom Untergrund in die Favela. Verlag Assoziation A, ISBN 978-3-86241-457-4, 288 Seiten, 19,80 €

Ergänzend empfehle ich die sehr griffig formulierte Interview-Publikation

Dellwo, Karl-Heinz: Das Projekt sind wir. Der Aufbruch einer Generation, die RAF und die Kritik der Waffen. Gespräche mit Tina Petersen und Christoph Twickel, Edition Nautilus, ISBN: 978-3-

89401-556-5, erschienen 2007, 224 Seiten, 14,90 Euro (Dellwo saß ebenfalls im Celler Knast, wie Tafer war er an der Stockholmer Aktion beteiligt) – und

Angelika Holderberg (Hg.): Nach dem bewaffneten Kampf. Ehemalige Mitglieder der RAF und Bewegung 2. Juni sprechen mit Therapeuten über ihre Vergangenheit, Psychosozial-Verlag, ISBN-13: 978-3-8980-6588-7, erschienen 2007, 216 Seiten, 9,90 Euro. (Hier äußert sich zusätzlich auch der Celler Ex-Gefangene Knut Folkerts).

GEPUNKT

Zeichen setzen. 500 Jahre Reformation

„Luther ist die Pleite des Jahres“ – titelte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung im Juli. Überall seinen die Besucher*innen-Zahlen der Projekte zum Reformations-Jubiläum deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Auch Celle versprach sich als eine von 50 sogenannten „Reformationsstädten“ einen touristischen Mehrwert. Doch das aufwändige Ausstellungsprojekt „Zeichen setzen. 500 Jahre Reformation“ findet überregional kaum Aufmerksamkeit.

Zur Ausstellung ist ein Begleitband erschienen, der das Vermittlungsproblem deutlich werden lässt. Denn was sollen Menschen in einer multikulturellen, säkularen Gesellschaft noch anfangen mit dieser „Reformation“?

Historisch gibt es nichts Neues zu erzählen. Die Überblicksaufsätze von Carl-Hans Hauptmeyer und Ralf Busch über die Reformation im Fürstentum Lüneburg gehen im Kern nicht über das hinaus, was Adolf Wrede schon vor 140 Jahren zu berichten wusste. Immerhin betont Hauptmeyer den Aspekt, dass für Herzog Ernst den Bekenner neben dem „Bekenntnis“ auch die Sanierung der maroden Finanzen auf Kosten der katholischen Kirche eine bedeutende Rolle spielte.

Kunsthistorisch interessant sind ohne Frage die Aufsätze von Juliane Schmieglitz-Otten und Johann Anselm Steiger zur Celler Schlosskapelle als „Gesamtkunstwerk der Reformationszeit“. Beide machen deutlich, dass „man es wahrhaft mit einem Multimedia-Raum zu tun hat, der sämtlichen Sinnen des Menschen viel zu bieten hat“ (Steiger). Die Frage ist nur: „hat“ oder „hatte“?

Hier genau liegt ein Kernproblem der Beschäftigung mit „Reformation“ – sie ist kein sinnvoller Ausgangspunkt für die Herausforderungen der Gegenwart. Selbst eine kritische Perspektive auf den protestantischen Antijudaismus/Antisemitismus oder den Gehorsam gegenüber der Obrigkeit hilft kaum, Antworten auf aktuelle Fragen zu finden.

Die Vergegenwärtigung der Reformation als „Beginn der Moderne“ müsste die mit ihr einhergehenden globalen Zerstörungstendenzen in den Blick nehmen; nur: Zu feiern gäbe es da nichts.

Der von vielen Besucher*innen als anregend empfundene „Theaterparcours Reformation Celle. Die Stadt als Bühne“ hatte seine besten Seiten dann auch dort, wo sich die Fragestellungen am weitesten vom historischen Ereignis entfernten und sich einem aktuellen „Reformierungsbedarf“ widmeten. Auch dazu gibt es im Begleitband einen Beitrag.

Zeichen setzen - 500 Jahre Reformation in Celle, Hrsg. Jochen Meiners im Auftrag der Gesellschaft zur Unterhaltung des Bommann-Museums, ISBN: 978-3-7319-0454-0, Michael Imhof Verlag Petersberg 2017, 288 Seiten, 24,95 €



Für das Recht auf soziale Rechte

Die Selbstorganisation von Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen ist wichtiger denn je. Sie kommt in Deutschland nur zäh voran. Ein Schritt kann eine Demonstration in Berlin am 16. September sein. Die Demonstration soll auch den Charakter eines Karnevals zugesprochen haben. Warum? Die Organisator*innen meinen: „Karneval entlarvt das bestehende System als veränderbar. Er macht das Verfallsdatum sichtbar. Das Karnevallesque ist eine Polyphonie von vielen Stimmen und vielen Sprachen. Karneval steht für eine Kultur des Lachens von unten gegen die Herrschenden und Privilegierten.“

Hier der Aufruf, der auch von der Celler Gruppe „Land in Sicht – Transition“ (LIST) unterstützt wird:

Wir werden uns nicht daran gewöhnen, was vor unseren Augen passiert und zur Normalität erklärt wird: Die Tage werden nicht besser. Das Leid und der Tod sind keine Ausnahme. Sie prägen unser Leben und den Alltag aller, die in diesem Land noch immer nicht dazugehören oder versuchen, hierher zu kommen. Menschen werden beleidigt, bespuckt, geschlagen. Die Solidarität von Hunderttausenden wird mit Füßen getreten. Wir werden misstrauisch angeguckt. Sie bauen Zäune, um uns nicht hereinzulassen. Sie schieben uns ab, damit wir verschwinden. Aber wir sind da. Wir bleiben. Wir haben unsere Hoffnung. Wir haben unsere Wünsche. Wir leben. Welcome united.

Die Erinnerung ist aktueller denn je

Wir geben nicht auf. Wir erinnern uns an den Sommer 2015. Hunderttausende öffneten die Grenzen Europas. Sie waren nicht aufzuhalten, weil sie sich nicht aufhalten ließen. Sie gingen einfach los. Sie setzten sich in Bewegung, um anzukommen. Vom Budapester Bahnhof zur österreichischen Grenze. Bewegungsfreiheit blieb keine Forderung mehr. Die Bewegung nahm sich ihre Freiheit. Für ihr Recht auf Rechte, für ihr Recht auf Anwesenheit, auf Schutz, Hilfe und Zukunft. Der „March of Hope“ bleibt ein unvergessliches Ereignis in der langen Geschichte der Kämpfe für das Recht auf Flucht und Migration.

Auch heute sind wir immer noch viele. Wir sind immer noch da, vielleicht sind wir sogar mehr geworden. Tagtäglich versuchen wir, uns dem Unrecht der Ordnung zu widersetzen. Die kleinen und großen Proteste sind Teil unseres Lebens geworden. Die Hoffnungen des Jahres 2015 sind noch nicht besiegt. Denn sie haben ihren Weg in das solidarische Handeln Abertausender in Deutschland und Europa gefunden. Wir streiten weiter für die Anwesenheit der Geflüchteten und Migrant*innen – oder für unsere Anwesenheit. Wir helfen im Alltag. Wir protestieren gegen staatliche Verfolgung und Abschiebungen. Wir wehren uns gegen den neuen Rechtspopulismus und die alten Nazis. Wir sind da und sind bei denen, die gekommen sind. Wir sind die, die gekommen sind. Welcome united!

From solidarity to politics!

Die aktuelle Politik gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen muss sich ändern. Da lassen wir nicht mit uns reden. Das ist für uns ein unverrückbarer Punkt in aller unserer Politik und an alle Politiker*innen:

Für das Recht zu gehen und zu kommen: Stop the dying!

Das Sterben im Mittelmeer muss aufhören. Jetzt. Sofort. Da gibt es nichts zu reden. Wir verweigern uns der Normalisierung von Tod und Leid an dieser mörderischen Grenze: Wer ertrinkt, wird ermordet! Der tausendfache Tod könnte morgen beendet werden, wenn Menschen ein Flugzeug oder eine Fähre nach Europa nutzen könnten. Stattdessen verfolgen die Herrschenden diejenigen, die helfen. Wir verlangen eine Wende der europäischen Migrationspolitik! Für sichere Fluchtwege, Bewegungsfreiheit und ein Europa des Willkommens!

Für das Recht zu bleiben: Stop the fear!

Hunderttausende haben es in den letzten Jahren bis nach Deutschland geschafft. Aber Hunderttausende wissen immer noch nicht, ob sie bleiben können. Ohne ein Bleiberecht sind sie weiter Angst, Unsicherheit und Ungewissheit ausgesetzt, anstatt eine Zukunft beginnen zu



können. Dazu gehört auch, dass wir Frauen nicht weiter Diskriminierung und Gewalt erleben. Oder dass die unzähligen auseinander gerissenen Familien wieder zusammen leben können. Wir fordern eine klare Haltung aller, die hier politische Entscheidungen treffen wollen: Bedingungsloses Bleiberecht und ein Ende der Abschiebungen und Selektionen – jetzt sofort! Alle, die hier sind, sind von hier und bleiben!

Für das Recht auf Solidarität: Break the silence!

Das Gesetz unterscheidet zwischen unterschiedlichen Herkunftsstaaten und sortiert uns ein: in die mit guter oder die mit schlechter Bleibeperspektive. Staaten werden als sicher, unsicher oder halb sicher konstruiert. Wer am meisten von Ausgrenzung betroffen ist, Minderheitenangehörige wie z.B. Roma oder nicht der Norm entsprechende Menschen, wird auch hier in einer Warteschleife der Nicht-Anerkennung gehalten. Wir fordern den Ausbau einer Solidarität, die keine Unterschiede anhand der Herkunft macht.

Für das Recht auf Rechte: Stop Racism!

Unsere Gesellschaft ist nicht erst seit zwei Jahren, sondern seit Jahrhunderten eine Vielfalt von vielen. Wer wohnt noch dort, wo seine Vorfahren geboren wurden und wer arbeitet da, wo er wohnt? Immer kamen Menschen. Immer gingen Menschen. Es gibt keine Rechtfertigung für unterschiedliche Rechte. Ob aus Syrien, Griechenland oder Mazedonien, ob aus Nigeria, Marokko oder Baden-Württemberg. Ob das Recht auf Wohnen, auf Bildung, auf Arbeit, Mobilität oder auf Gesundheitsversorgung. Soziale und politische Rechte gelten für alle, die da sind. Ausnahmslos und von Anfang an.

Für das Recht, nicht gehen zu müssen: Stop global injustice!

Seit Jahrhunderten rauben einige Länder anderen Ländern ihre Ressourcen. Sklavenhandel, Bodenschätze, mieseste Arbeit und korrupte Regierungen: Der Reichtum des Westens ist auf Ausgrenzung und Ausbeutung aufgebaut. Europa exportiert weiter einen ungezügelter Kapitalismus, der täglich tötet. Menschen fliehen nach Europa, weil sich nichts mehr haben und ihr Leben retten wollen. Alle haben ein Recht auf Unversehrtheit, auf Glück und Zukunft – an jedem Ort auf dieser Welt und nicht nur im Westen.

Unsere Stimme zählt!

Eine Woche vor der Bundestagswahl wollen wir uns zeigen. Wir alle – gemeinsam auf der Straße in Berlin. Wir wollen den Platz für all jene Stimmen und Geschichten öffnen, die sonst nicht gehört werden oder ungehört bleiben sollen. Es sind Erzählungen, die selbst im aktuellen linken „Gerechtigkeitswahlkampf“ noch immer sehr leise sind – auch, weil viel zu viele noch immer kein Wahlrecht haben. Wir sagen: Welcome United!

Wenn wir auf die Straßen gehen, wollen wir sehr viele sein. Alle sollten kommen, denen das Gemeinsame und die Solidarität am Herzen liegen. Alle sollten kommen,

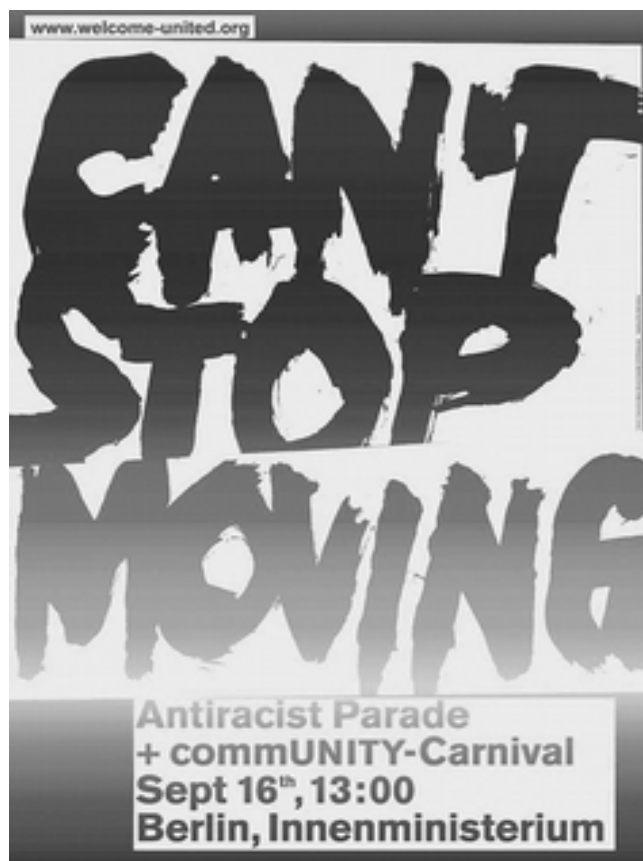
Berlin – günstig und schnell

Es gibt eine Möglichkeit, am Wochenende schnell und günstig mit der Bahn nach Berlin zu kommen. Und zwar mit dem metronom um 7.06 Uhr nach Uelzen. Bis zum Interregio-Express Richtung Berlin bleiben dort 18 Minuten Umsteigezeit, die mensch für den ersten oder zweiten Kaffee nutzen kann. In Uelzen geht's um 7.56 Uhr weiter. Und ohne weiteres Umsteigen ist mensch um 9.42 Uhr am Berliner Hauptbahnhof. Die Rückfahrt geht ähnlich schnell mit der Abfahrt in Berlin um 17.01 Uhr; Umstieg in Uelzen, wo der Zug um 19.02 Uhr eintreffen soll und es um 19.09 Uhr in Richtung Celle weitergeht - Ankunft: 19.49 Uhr. Am Wochenende ist das dann für das Schönes-Wochenende-Ticket zu haben; Preis aktuell: 40 Euro für eine*n Reisende*n und je 4 Euro Aufschlag für jede weitere Person (für bis zu 4 Mitreisende).

die es nicht weiter ertragen, dass an den europäischen Grenzen die Menschen im Elend verweilen, verzweifeln oder sterben. Denn wir wissen, dass viele seit Jahren um ihre Zukunft kämpfen. Jetzt ist es Zeit, gemeinsam unsere Stimmen zu erheben. Wir sind viel mehr als wir denken! We'll come United!

Deshalb rufen wir auf zu dezentralen Aktionen und lokalen Zusammenkünften rund um den Jahrestag des March of Hope, ab dem 2. September 2017 – in eurer Stadt, eurem Dorf, eurem Viertel. Überlegt Euch was!

Wir rufen dazu auf, am 16. September zu einer bundesweiten Demonstration nach Berlin zu kommen – zu einer großen Parade für Teilhabe, Gleichberechtigung und Solidarität. Welcome United. We'll come United!





Kino 8 1/2 im Sept./Okt.

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



01. und 02. September

Loving

Die Liebe von Mildred und Richard Loving verstieß 1958 gegen die Segregationsgesetze des US-Bundesstaats Virginia, die eine Ehe zwischen dem weißen Bauarbeiter und der afroamerikanischen 18-Jährigen verboten. Erst 1967 wurde ihre Verbindung mit der Aufhebung des Verbots so genannter Mischehen legalisiert. Das still in sich schwingende, souverän und differenziert ausbalancierte Drama erzählt den realen „Fall“ nahe an den bekannten Fakten.

USA/GB 2016, Filmstart: 15.06.2017, 124 Minuten

08. und 09. September

Axolotl Overkill

Nach dem Tod ihrer Mutter bewegt sich eine 16-Jährige wie in einem Schwebestadium durchs Leben und provoziert heftige Reaktionen, die sie mitunter selbst überraschen. Sie schwänzt die Schule, nimmt Drogen, legt sich mit Erwachsenen an und stürzt sich in eine Affäre mit einer deutlich älteren Frau. Helene Hegemann setzt ihren Roman „Axolotl Roadkill“ als reduzierte Abfolge zugespitzter Episoden voll trockenen Humors um, wobei sie jeder Psychologisierung des Geschehens entgegenarbeitet. Die exemplarisch gelungene Literaturadaption wird von einem vorzüglichen Schauspieler-Ensemble getragen.

Deutschland 2016, Kinostart: 29.06.2017, 94 Minuten

15. und 16. September

Die göttliche Ordnung

Anfang der 1970er-Jahre wandelt sich eine Hausfrau aus einem Dorf im Appenzellischen unter dem Einfluss der Debatte um das Frauenwahlrecht in der Schweiz zur sanften Streiterin für die Sache. Doch ihr öffentliches Engagement sorgt sowohl im Dorf als auch in ihrer Ehe für Spannungen. Hintersinnige Tragikomödie, die auf authentischen Erlebnissen beruht, was sich in der stimmungsvollen Verdichtung von Geist und Atmosphäre der damaligen Zeit manifestiert. Die erfrischende, ausgesprochen unterhaltsame Lektion in Sachen direkter Demokratie erzählt nebenbei die Geschichte der sexuellen Revolution in der Schweiz.

Schweiz 2017, Kinostart: 03.08.2017, 96 Minuten

20. September, 19.30

Von Bananenbäumen träumen

Zu Gast ist die Regisseurin Antje Huber

Ein Dorf an der niedersächsischen Elbmündung sieht vor sich hin. Viele Bauern haben aufgegeben, die jungen Leute ziehen weg, Kneipen und Läden schließen. In dieser Situation wollen einige Bewohner ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und planen eine mit Gülle betriebene Biogas-Anlage mit angeschlossener Fischzucht und Gewächshäusern, die für Aufschwung sorgen soll. Der Dokumentarfilm verfolgt unterhaltsam das utopische Projekt über mehrere Jahre hinweg.

Deutschland 2016, Erstaufführung: 30.03.2017, 93 Minuten

22. und 23. September

The Party

Eine Politikerin hat Freunde in ihr Londoner Domizil geladen, um mit ihnen ihren Aufstieg zur Ministerin zu feiern. Die unterschwelligsten Spannungen in der bildungsbürgerlichen Runde drohen zu eskalieren, als der apathisch wirkende Ehemann der Politikerin eine schockierende Eröffnung macht, der weitere unangenehme Wahrheiten folgen. Temporeiche, scharfzüngige Gesellschafts-Tragikomödie mit pointierten Dialogen und hervorragenden Darstellern, die die Beziehungen, Selbstbilder und Überzeugungen ihrer Figuren attackiert.

GB 2017, Erstaufführung: 27.07.2017, 71 Minuten

Am 22.09. zusätzlich: „Das merkwürdige Kätzchen“

17. Oktober, 19.30

Luca tanzt leise

Zu Gast ist der männliche Hauptdarsteller Heiner Hardt

Eine junge Berlinerin, die jahrelang wegen schwerer Depressionen kaum aus dem Haus gehen konnte, will mit über 25 Jahren noch das Abitur machen. Mit Hilfe ihrer Mutter und Großmutter sowie eines älteren Mitschülers arbeitet sie auf die Prüfungen zu, ein Hund dient ihr als Stütze im Alltag. Alles scheint aufwärts zu gehen, bis falsche Freunde sie aus der Bahn zu werfen drohen. Authentisches, ruhig inszeniertes Frauenporträt, das jede künstliche Zuspitzung vermeidet und eine große Nähe zu seiner Hauptfigur erzeugt.

Deutschland 2016, Kinostart: 19.01.2017, 69 Minuten

12. Sept., 19.00: Der Tod von Ludwig XVI.

29. / 30. Sept: Das Paradies

06. / 07. Okt.: In Zeiten des abnehmenden Lichts

13. / 14. Okt.: Das ist unser Land!

22. / 23. Okt.: Griesnockerlaffäre (auch 25.10.)

27. / 28. Okt.: Western

www.kino-achteinhalb.de

Politik, Vorträge & Theater

Fr., 01. September, 15.00

Kundgebung zum Antikriegstag

Haupttor Rheinmetall, Unterlüß

So., 03. September, 17.00

Winternähe

Lesung mit der Autorin Mirna Funk

Synagoge, Eintritt: 6,00 / 4,00

Di., 05. September, 17.00

Mit Sicherheit gut ankommen

Eröffnung mit Dr. Jörg Nigge, die Mannschaft der Al-hadj Djumaa steht für Diskussionen bereit, ab 19.00:

Blue Mango

Hafen, Eintritt frei

Mi., 06. September, 15.30

Fatima und der Traumdieb

Theaterstück - im Rahmenprogramm von „Mit Sicherheit gut ankommen“

Hafen, Eintritt frei

Mi., 06. September, 20.30

Ein Morgen auf Lampedusa

Lesung - im Rahmenprogramm von „Mit Sicherheit gut ankommen“

Hafen, Eintritt frei

Do., 07. September, 15.30

Syrer in Deutschland - wer sind sie?

Vortrag von Zakaria Nabulsi und Khaled Mahmoud - im Rahmenprogramm von „Mit Sicherheit gut ankommen“

Hafen, Eintritt frei

Do., 07. September, 19.00

Bikernieki – Wald der Toten

Die Deportation deutscher Juden nach Riga, ihre Ermordung und das Gedenken daran - Einführung in die Ausstellung: Prof. Rolf Wernstedt

Synagoge, Eintritt frei

Sa., 09. September, 10 – 13.00

Infotisch vom Bündnis für einen gerechten Welthandel zum bundesweiten Aktionstag gegen CETA

Altstadt

So., 10. September, 14.00 – 17.00

„Bilder-Stellung“

im Innenhof der RWLE Möller Stiftung, Zöllnerstraße 7

Di., 12. September, 17.00

Rechtspopulismus in Europa

Dr. Lars Geiges, Göttinger Institut für Demokratieforschung

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Di., 12. September, 19.00

Eröffnung der Ausstellung „... Ein voller Erfolg der Luftwaffe“

Referent: **Hubert Brieden**

VHS Celle, Trift 20, Eintritt frei

Di., 12. September, 20.00

Wir sind Juden aus Breslau.

Kammer Lichtspielen; Filmgespräch mit der Regisseurin Karin Kaper

Eintritt 8,00 €, Schüler 6,50 €

Mi., 13. September, 18.30

Podiumsdiskussion der CZ mit den Bundestagskandidaten der Parteien

Exerzierhalle

Mi., 13. September, 19.00

Das Ende der Willkommenskultur

Vortrag von Ruth Ditlmann

Kreuzkirche, Windmühlenstraße 45

Do., 14. September, 19.00

Juden und Christen – Dialog oder Mission? - Prof. Dr. Karl E. Grözinger, Zentrum Jüdische Studien Berlin

Synagoge, Eintritt frei

Mo., 25. September, 19.00

Fragen zu Herkunft und Verbleib – Was muss Provenienzforschung heute leisten?

Dr. Uwe Hartmann, Leiter des Fachbereichs Provenienzforschung am Deutschen Zentrum Kulturgutverluste, Magdeburg

Rittersaal im Schloss, Eintritt frei

Fr., 29. September, 18.00

Critical Mass

Start: Neumarkt – vorm Rio's

Do., 05. Oktober, 19.00

Hafen der Hoffnung – Haifa, das Tor Israels (Dokumentarfilm)

Einführung: Dietmar Schulz

Synagoge, Eintritt frei

Di., 17. Oktober, 18.30

Krieg und Frieden - aktuelle geopolitische Herausforderungen - Vortrag und Diskussion mit

Otfried Nassauer, Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS)

VHS Celle, Trift 20, gebührenfrei.

Fr., 20. Oktober, 19.00

Im Reich der Maya - Multivisionsshow von Jutta Ulmer und Michael Wolfsteiner

Beckmannsaal, Magnusstraße 4

Veranst.: Weltladen Celle, Eintritt: 6 Euro, erm. 4 Euro

Do., 26. Oktober, 18.30

Industrie 4.0 - arbeits- und gesellschaftspolitische Herausforderungen

Dr. Ingo Matuschek, Institut für Soziologie an der Uni Duisburg-Essen

VHS Celle, Trift 20, gebührenfrei.

Konzerte & Partys

Fr., 01. September, 21.30

Blues Brothers Party

Morlock, Eintritt frei

Sa., 02. September, 18.00

Funk & Soul, Burger & Beer mit Peter Piper Turner & Stereopaul

Kultur im Zelt – CDK, Eintritt frei

Sa., 02. September, 20.00

U.A. (unter anderen)

MS Loretta

So., 03. September, 20.00

Seeda - Weltmusik

Kultur im Zelt – CDK, VVK 17,50

Mi., 06. September, 20.00

Sobi - Alternative Pop

Kultur im Zelt – CDK, VVK 12,00

Fr., 08. September, 20.00

Heinrich Doc Wolf und Dirk Schlag

Tribute to Johnny Cash

Kultur im Zelt – CDK, VVK 17,50

Sa., 09. September, 20.00

Falk Zenker

Kultur im Zelt – CDK, VVK 14,20

Sa., 09. September, 20.00

Jam Session (und 14.10.)

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Sa., 09. September, 20.30

The Crosstown Dogs

Morlock, Eintritt frei

Sa., 09. September, 20.30

The King – Jim Brown

Kaffeegarten Sülze, AK 15,00

So., 10. September, 20.00

MarKuz Walach

Kultur im Zelt – CDK, VVK 10,90

Mo., 11. September, 20.00

Shawn Jones

Herzog Ernst, Eintritt frei

Mi., 13. September, 20.00

Land Über & Katharina Johansson

Antikhof, Bröckel, Eintritt frei

Fr., 15. September, 20.00

Revolver Club

MS Loretta

Fr., 15., und Sa., 16. September

Stadtfest

Altstadt – umsonst & draußen

Fr., 22. September, 19.00

Dima Mondellos Jazzsyndicate

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 22. September, 20.00

Carlini, Dodo Leo & Martin

Antikhof, Bröckel, Eintritt frei

Fr., 22. September, 21.00

Indy-Party – mit den Indieheroes

Morlock, Eintritt frei

Sa., 23. September, 20.00

Nick & June

MS Loretta

Sa., 23. September, 20.00

Rory Ellis

Kaffeegarten Sülze, AK 10,00

Mi., 27. September, 20.00

Joscho Stephan's Gypsy Swing

Volksbank Celle, VVK 25,00

Fr., 29. September, 20.00

Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Mo., 02. Oktober, 20.00

Melanie Dekker

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 07. Oktober, 20.00

Blind Butcher

MS Loretta

Mo., 16. Oktober, 20.00

Hamilton Loomis

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 20. Oktober, 20.00

Arndt Schulz

Antikhof, Bröckel, Eintritt frei

Sa., 21. Oktober, 20.00

Lutz Krajenski Trio

Heideblüte, Hambühren, AK 15,00

Mo., 23. Oktober, 20.00

Hundred Seventy Split

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 27. Oktober, 20.00

Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Fr., 27. Oktober, 20.30

Freedom – The Party

CDK, AK 6,00

Sa., 28. Oktober, 18.00

Plattsounds - Bandcontest

CDK, AK 3,00

So., 29. Oktober, 20.00

Blues Serenaders

Kreistagssaal, Trift 26, Ak 15,00

Mo., 30. Oktober, 20.00

Carl Verheyen Essential Blues

(Support: Bettina Schelker)

Herzog Ernst, Eintritt frei